

KÄMPFE ZUSAMMEN_FÜHREN

Warum Klimawandel kein Ökothema ist



1 - Klimawandel & anderer Mist	
Was will diese Broschüre?	... 3
2 - Klimawandel & Herrschaft	
Warum aktuelle Machtstrukturen den Klimawandel verursachen	... 5
3 - Klimawandel & Kapitalismus	
Von der paradoxen Logik des ewigen Wachstums und ihren Folgen	... 13
4 - Klimawandel & Patriarchat	
Die Klimakrise und das Patriarchat sind eng verwoben - Feminist*innen begehren weltweit gegen beides auf	... 18
5 - Klimawandel & Flucht	
Brücken bauen, während der Meeresspiegel steigt und steigt	... 27
6 - Klimawandel & Faschismus	
Angriff und Vereinnahmung - Klimawandelleugnung und Heimatschutz	... 32
7 - Klimawandel & Militarismus	
Die Erderwärmung bekämpfen statt einander	... 39
8 - Klimawandel & Atomkraft	
Zentralisierte und gefährliche Energiegewinnung sind keine Wege aus der Klimakrise	... 46
9 - Klimawandel & Industrielle Landwirtschaft	
Es geht schon lange nicht mehr nur um Tofuwürstchen	... 51
10 - Und was nun? Was tun?	
Freiheit, Gleichheit & Solidarität	... 59

1 - KLIMAWANDEL & ANDERER MIST

Was will diese Broschüre?

Klimawandel ist nicht nur ein „Ökothema“! Der Kampf für Klimagerechtigkeit ist verknüpft mit den vielen verschiedenen anderen emanzipatorischen Kämpfen für ein gutes Leben für Alle!

Es geht nicht nur um CO₂, Kohle oder Wälder - es geht um eine gerechte, herrschaftsfreie Welt.

Und diese erkämpfen wir nicht alleine, sondern nur gemeinsam. Indem wir unsere Bewegungen aufeinander beziehen, uns vernetzen und unsere Aktionen miteinander verknüpfen.

Wir sehen den Klimawandel und die mit ihm verbundene Ungerechtigkeit als ein Symptom des herrschenden Systems, des Kapitalismus und der Gesamtscheiße.

Wir wollen aber nicht nur Symptome bekämpfen, sondern die Probleme an ihren Wurzeln anpacken. Dafür brauchen wir die verschiedenen Perspektiven, Ansätze und echte Lösungen.

Diese Broschüre greift deswegen den Gedanken des „connecting movements“ auf. Wir verstehen darunter, dass sich Menschen, die zu verschiedenen Themen arbeiten, besser kennenlernen, inhaltlich aufeinander beziehen, Schnittstellen zwischen ihren Themen finden, sich vernetzen und gemeinsam kämpfen.

Die folgenden Texte schauen sich exemplarisch an, was Klimawandel und die Forderung nach Klimagerechtigkeit inhaltlich mit anderen Bewegungen verbindet - mit Antikapitalismus, mit Arbeitskämpfen, mit Antirassismus und No-Border-Kämpfen, mit Antifaschismus, mit Feminismus, mit Antimilitarismus, mit dem Kampf gegen Atomenergie und der Bewegung gegen die industrielle Landwirtschaft.

Natürlich lassen sich auch zu vielen anderen Themenfeldern Verknüpfungen finden. Wo gibt es Anknüpfungspunkte zum Thema „Recht auf Stadt“? Was ist eigentlich mit Klassismus? Und was hat der Kampf von Menschen mit Behinderung für Selbstbestimmung mit dem Klimawandel zu tun? Und woran haben wir noch gar nicht gedacht?

Unsere Texte sind also ein Anfang und wir freuen uns, wenn Menschen mit anderen Perspektiven daran anknüpfen, sie bearbeiten oder erweitern.

Diese Broschüre ist inspiriert von „Why climate change is not an environmental issue“. Die Texte wurde 2009 zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen von Aktivist*innen aus den verschiedenen Bewegungen geschrieben und 2017 erneut gedruckt.

Den Originaltext findet ihr hier: notenvironmental.blogspot.com

Wir haben die Texte 2019 übersetzt, diskutiert, überarbeitet und neu geschrieben. Der Text zu Klimawandel & Faschismus wurde von Menschen aus der IL beigesteuert, das Kapitel zu Klimawandel & Flucht kommt vom mAUnz Kollektiv.

DANKE an all die Menschen, die einen Teil zu dieser Broschüre beigetragen haben.

Love and Rage



Zucker im
Tank

Kontakt: zuckerimtank@riseup.net

2 - KLIMAWANDEL & HERRSCHAFT

Warum aktuelle Machtstrukturen den Klimawandel verursachen



Herrschaft ist das Recht und die Möglichkeit, über jemanden oder eine Sache Macht auszuüben. Der Begriff beschreibt eine gesellschaftlich anerkannte Form dieser Machtausübung und spiegelt so institutionalisierte Hierarchien wider. Herrschaft ist in den seltensten Fällen so offensichtlich zu erkennen wie in Form von Polizei, Staat oder Gerichten (exekutive, legislative und judikative „Gewalt“). Viel präsenter ist sie in alltäglichen Strukturen, verschleiert in gesellschaftlichen Einrichtungen, in unserer Sprache und in unserem Denken. Im Folgenden werden drei verschiedene Perspektiven auf den

Zusammenhang von Klimawandel und Herrschaft untersucht und anschließend versucht, die grundlegende Gemeinsamkeit zu finden.

Der dualistische Naturbegriff

Das Klima wird in der Regel als Teil der Natur betrachtet. Diese wiederum gilt es seit dem Neolithikum, dem sogenannten Beginn der Landwirtschaft, und verstärkt seit der Aufklärung¹ zu beherrschen. Doch was genau ist diese „Natur“ eigentlich?

Im allgemeinen Sprachgebrauch wird Natur meist in Abgrenzung zur Kultur, das heißt, allem was der Mensch selbst gestaltend hervorbringt, definiert. Zum einen wird darunter eine „äußere Natur“, bestehend aus Flora, Fauna, Relief, Gestein und Klima, verstanden und zum anderen wird der Begriff benutzt um Triebe, Instinkte, Emotionen etc., d.h. die „innere Natur“ des Menschen zu beschreiben. Beide werden weithin als bedrohlich, oder auch rückständig und unzivilisiert betrachtet. Es geht darum, sich vor ihnen zu schützen bzw. sie zu bezwingen, um die eigene (geistige) „Freiheit“ zu vergrößern. Die kapitalistische Produktionsweise ist die drastischste Umsetzung dieses Kampfes gegen die „Natur“. So begann mit der Aufklärung (ab ca. 1700 n. Chr.) die Ausformulierung der klassischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Alles wird genauestens untersucht, kategorisiert und dadurch entmythifiziert. Die vorhandenen Materialien der Welt werden zu verwertbaren Rohstoffen und der Arbeitsalltag einer*s jeden wird von der Uhr diktiert. Selbstdisziplin gilt seitdem als Schlüssel zum Erfolg und dadurch zum Glück. Arbeit und Freizeit sind genauestens voneinander getrennt. Oft empfinden wir unseren Alltag als so stressig, dass wir es kaum erwarten können, Feierabend oder Urlaub zu haben.

¹ Aufklärung bezeichnet die um das Jahr 1700 einsetzende Entwicklung, alle den Fortschritt behindernden Strukturen zu überwinden. Eine wichtige philosophische Strömung ist der Rationalismus, welcher sich auf das Benutzen des Verstandes zum Erwerb und zur Begründung von Wissen beruft.

In der wenigen „freien“ Zeit, die wir dann haben, sind wir oft zu erschöpft, um uns mit Dingen zu beschäftigen, die uns tatsächlich interessieren. Daher verbringen wir die Ferien dann doch eher am Pool im all-inklusive Hotel als an kulturell spannenden Orten, oder den freien Abend fernsehschauend auf dem Sofa statt mit Freund*innen zu diskutieren. Und, egal wie schwer es uns fällt, zwingen wir unseren müden Körper am nächsten Morgen, teilweise noch bevor die Sonne überhaupt aufgegangen ist, zum Aufstehen und begeben uns für weitere acht Stunden unseres Lebens ins Büro, den Laden oder die Firma.

Dieser Lebensweise liegt die Vorstellung einer dualistischen Trennung von Körper/- Geist, Emotionen/- Vernunft und Natur/- Kultur zu Grunde, d.h. die Annahme diese würden sich gegenüberstehen und einander ausschließen. Außerdem werden die Begriffe in eine hierarchische Ordnung gebracht: Es gilt, den Körper zu beherrschen, Gefühle zu rationalisieren und Natur verwertbar zu machen.

Aber gibt es tatsächlich vernünftige Gedanken komplett gelöst von jeglichen Empfindungen? Zeigen nicht beispielsweise psychosomatische „Krankheiten“, dass diese strikte Trennung nicht existiert? Oder ist nicht gerade die Verknüpfung von Sport und Meditation ein Zeichen dafür, dass das geistige Wohlbefinden eindeutig mit dem körperlichen verknüpft ist? Und ist daher die Bezeichnung von etwas als „natürlich“ nicht viel eher ein konstruiertes Herrschaftsinstrument als eine tatsächliche Eigenschaft?

Die Natürlichkeitszuschreibung findet sich in vielen verschiedenen Diskriminierungsformen wieder. So wird beispielsweise „Frauen*“ oder „People of Color“ häufig nachgesagt, sie wären „naturverbundener“ und emotionaler und dadurch in der Regel impliziert, sie wären rückständiger als weiße Männer². Gerade zur Anfangszeit des Kapita-

² Frauen/ Männer/ People of Color: Geschlecht und auf phänotypische Merkmale zurückgeführte „Rassen“ sind gesellschaftliche Konstrukte, welche unter anderem durch Sprache reproduziert werden. Hier erschien es uns allerdings notwendig diese Zuschreibungen zu erwähnen, um rassistische und patriarchale Herrschaftsstrukturen zu beschreiben

lismus, legitimiert durch den „Auftrag der Aufklärung“, kam es erneut zu ausgeprägten Phasen von Genoziden sowie kolonialistischer Aneignung von Arbeitskraft und Land im Globalen Süden*. Legitimiert wurden diese Raubzüge durch das Argument, dass die „unzivilisierte, wilde Welt“ zum Rationalismus bekehrt werden müsse. Diese gewaltvoll angeeigneten Güter stellten die Grundlage des Reichtums der westlichen Welt dar (im Marxismus als Teil der ursprünglichen Akkumulation beschrieben). Heutzutage sind die Herrschaftsbeziehungen nicht mehr so deutlich differenzierbar wie zu Zeiten der Kolonialisierung, aber deswegen keineswegs weniger wirksam. Sie haben sich vielmehr in eine allgemeinere „imperiale Lebensweise“ umgewandelt.

Die imperiale Lebensweise

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist längst tief mit unser aller Lebensweisen verflochten. So profitieren von ihr hauptsächlich Menschen aus dem sogenannten Globalen Norden* sowie zunehmend Menschen der Ober- und Mittelschicht im Globalen Süden³. Diese „imperiale Lebensweise“⁴ lagert ökologische und soziale Kosten zulasten der Natur, der Peripherie und der Zukunft aus. Ehemals freie Wildtiere werden vertrieben oder in Käfige gesperrt und das Problem skandalöser Produktionsbedingungen im „rückständigen“ Arbeitsrecht der Länder des Globalen Südens lokalisiert. So ist auch der fortschreitende Klimawandel ein Effekt der imperialen Lebensweise und ergibt sich als eine logische Konsequenz aus ihr.

Die imperiale Lebensweise ist hegemonial⁵, d.h. sie be-

³ Globaler Süden: Mit diesem Begriff wird eine im globalen System benachteiligte gesellschaftliche, politische und ökonomische Position beschrieben, im Gegensatz zum Globalen Norden, welcher sich durch eine mit Vorteilen bedachte, privilegierte Position definiert.

⁴ Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Imperiale Lebensweise, München 2017

⁵ Kulturelle Hegemonie: Produktion zustimmungsfähiger Ideen durch die Kombination von zwei Machtbeziehungen: Zwang (physische Gewalt) und Übereinstimmung der Mehrheitsgesellschaft (Konsens) (A. Gramsci)

einflusst den gesellschaftlichen Dialog (Diskurs) und die Erzählungen über die Welt und propagiert Überlegenheit über andere Formen des menschlichen Zusammenlebens. So gilt sie weithin als anzustrebende Norm für ein gutes Leben in Form des westlich-nordamerikanischen Lebensstils (bei verschiedensten Abwandlungen). Wird nicht in fast jedem Hollywood-Film suggeriert, dass zu einem vollkommenen Leben ein schönes Haus mit großer Küche, Garten und Barbecue-Pool-Partys gehört? Sowie der Eindruck vermittelt, dieser Lebensstandard wäre für uns alle erreichbar, wenn wir nur hart genug arbeiten würden? Doch die imperiale Lebensweise ist in sich widersprüchlich: Einerseits hat sie als global geltende Norm den Anspruch, auf alle Menschen übertragbar zu sein. Andererseits ist diese globale Verallgemeinerung unmöglich erreichbar für den Großteil der Weltbevölkerung, da sie immer ein „Außen“ billiger Arbeitskräfte und Naturressourcen benötigt, um für einige wenige, privilegierte Menschen Realität sein zu können. In ihrer Umsetzung und Verwaltung dieses „Außen“, d.h. um das Armut-Reichtumsgefälle zwischen Produzierenden und Konsumierenden aufrecht zu erhalten, ist die imperiale Lebensweise auf Herrschaft, Ungleichheit und Gewaltanwendung angewiesen.

Durch die starke Verflechtung mit unserem Alltag ist die imperiale Lebensweise Teil unserer Identitäten geworden. Zum Beispiel definieren wir uns oft darüber, wie wir uns kleiden, wohin wir auf Reisen gehen und was wir am liebsten essen. So erschafft unser auf Konsum ausgerichteter Lebensstil in uns Angst vor radikalen Veränderungen, da wir durch sie unsere Identität und unsere Bedürfnisse zumindest teilweise in Frage stellen müssten. Viele (Luxus-)„Bedürfnisse“ werden überhaupt erst durch die imperiale Lebensweise hervorgebracht (z.B. durch Werbung). Die Kohleindustrie ist Teil dieser imperialen Lebensweise. Sie ermöglicht es Menschen, unbesorgt auch im Sommer die Wäsche in den Trockner zu stecken, oder sich rundum die

Uhr in klimatisierten Räumen aufzuhalten. Außerdem kann mit billigem Strom entspannt jede Nacht die ganze Stadt beleuchtet werden, sodass wir auch um vier Uhr morgens das Vergnügen haben, die neuste Werbung auf Reklametafeln sehen zu können. Bis diese Gewohnheiten so sehr Teil der eigenen Identität geworden sind, dass es beinahe unmöglich scheint, sich aus dem Abhängigkeitsverhältnis aus Lohnarbeit-Konsum-Ausbeutung zu befreien. Die imperiale Lebensweise ist eine fundamentale Stütze der Herrschaft des Kapitals und damit unmittelbar Mitverursacher*in des Klimawandels.

Realpolitik und die Widersprüche der „Demokratie“

Nicht nur unsere individuelle und kollektive Lebensweise hält diese Herrschaftsstrukturen aufrecht, sondern auch das politische System (hier bezogen speziell auf Deutschland/EU) ist auf Unterdrückungsmaßnahmen angewiesen, um zu existieren. Die repräsentative Demokratie⁶ ist in ihrer Form nicht darauf ausgelegt, Lösungen für langfristige Probleme wie Umweltkonflikte zu bieten. Politiker*innen geht es der Logik nach vor allem darum, den nächsten Wahlkampf zu gewinnen, statt sich um künftige Generationen zu kümmern. Nicht die Menschen, die an einem Ort leben, eine Beziehung zu ihm haben und dadurch eine Verantwortung verspüren, treffen die Entscheidungen darüber, was an diesem Ort geschieht, sondern Politiker*innen und Konzernchefs legen die Gesetze fest. So wurden im Rheinland insgesamt 105 Dörfer umgesiedelt, uralte Wälder abgeholzt und durch Unmengen an freigesetztem Feinstaub die Luft verschmutzt, damit der Energiekonzern RWE die dortige Braunkohle zu Geld machen kann.

Aktuell wird viel über die sogenannte „Klimakrise“ ge-

⁶ Repräsentative Demokratie: In dieser Herrschaftsform werden politische Sachentscheidungen, im Gegensatz zur direkten Demokratie, nicht unmittelbar durch das Volk selbst, sondern durch Abgeordnete getroffen.

sprochen. Die Mächtigen dieser Welt treffen sich seit 1995 regelmäßig auf Klimakonferenzen, um Lösungen zu diskutieren. Auch hier wird deutlich, wie die Stimmen mächtiger Staaten, welche von der aktuellen Situation profitieren, mehr Gewicht haben und somit weniger Interesse an grundlegenden Veränderungen. Ganz abgesehen von der Tatsache, dass durch nationale Repräsentation sehr viele Bevölkerungsgruppen überhaupt nicht vertreten sind, wie z.B. jene, welchen bis heute keine Autonomie und kein eigenes Stimmrecht zugesprochen wurde, wie den Menschen in Kurdistan oder indigenen Bevölkerungsgruppen, wie die Mamanwa auf den Philippinen. Mittlerweile zeichnet sich immer deutlicher ab, dass dort propagierte Lösungsansätze, wie z.B. der Emissionshandel, eher Instrumente sind, um westliche Herrschaft auszuweiten und zu stabilisieren, statt tatsächlich die Klimaproblematik anzugehen. Die Auswirkungen des Klimawandels sind global, doch die sozial-ökologischen Effekte sind vor allem lokal spürbar. Von dieser Spaltung profitieren vor allem globale Akteur*innen⁷. Beispielsweise durch Handel mit CO₂-Zertifikaten sowie verschiedene Aufforstungsprojekte werden in großem Umfang Menschen im Globalen Süden von Konzernen vertrieben und ihres Landes beraubt⁸.

Mit der Umwelt leben und Herrschaft bekämpfen

Der Klimawandel ist eine Konsequenz unserer imperialen Lebensweise und des profitorientierten Wirtschaftens im Kapitalismus. Nun geht es aktuell darum, diesen Wandel wieder zu kontrollieren und zu beherrschen. Aber haben die letzten Jahrzehnte, Atomkatastrophen, Weltkriege und Faschismus, nicht gezeigt, dass nicht alles was vom Menschen produziert wird „gut“ ist und Naturbeherrschung gar nicht so einfach ist wie gedacht? Sollte es nicht viel-

⁷ De Lucia, Vito: Hegemony and Climate Justice: A Critical Analysis, 2009

⁸ Götze, Susanne: Land Grabbing als „Klimaschutz“, 2016, unter: <http://www.klimaretter.info/umwelt/hintergrund/20378-land-grabbing-als-klimaschutz> (abgerufen am 27.11.2018)

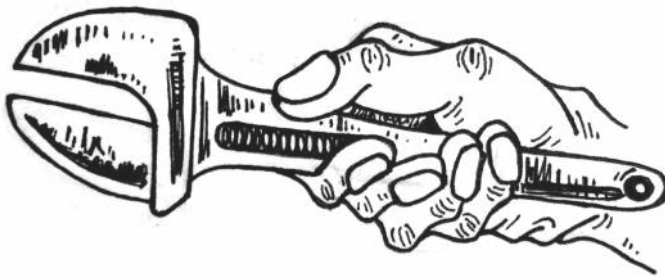
mehr darum gehen mit den Veränderungen der Umwelt und der Zeit zu leben? Die strikte Natur-Kultur-Trennung aufzuheben und sich bewusst zu werden, dass Veränderung des Einen immer auch Veränderung des Anderen bedeutet? Sich als Teil der Natur zu verstehen und sie daher zu achten statt zu unterwerfen?

Um eine solche nachhaltige und selbstbestimmte Lebensweise zu verwirklichen, ist es notwendig, hegemoniale Vorstellungen zu bekämpfen und unsere imperiale Lebensweise radikal zu verändern. Dies ist auf individueller Ebene kaum möglich und auch nicht sonderlich wirksam. Eine solche Veränderung ist immer ein kollektiver Prozess und wird niemals ohne Gegenwehr der herrschenden Ordnung geschehen. Daher ist es notwendig, dass wir uns gemeinsam organisieren, Herrschaft untergraben, uns Freiräume erkämpfen und neue Lebensweisen erproben.

3 - KLIMAWANDEL & KAPITALISMUS

Von der paradoxen Logik des ewigen Wachstums und ihren Folgen

Der enorme Anstieg der Treibhausgasemissionen seit der industriellen Revolution ist die Ursache des aktuellen menschengemachten Klimawandels. Dieser ist direkt verbunden mit der Vor- Entwicklung des Kapitalismus, denn die Expansion von industrieller Produktion wurde überhaupt erst durch Energie aus der Verbrennung fossiler Rohstoffe ermöglicht. Diese macht in Deutschland 80 % der berichteten Treibhausgasemissionen aus⁹, welche langfristig Veränderungen im Klima bewirken. Der Zusammenhang zwischen Klimaerwärmung und rücksichtslosem Wachstum scheint damit mehr als deutlich.



Eine profitbasierte Wirtschaft wie der Kapitalismus kann niemals sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden. Der Kapitalismus baut darauf auf, dass natürliche und menschliche Ressourcen in Waren umgewandelt werden, um diese auf dem Markt zu verkaufen und den Profit anschließend wieder in die Produktion von noch mehr Waren zu investieren, mit dem Ziel, immer höhere Profite zu erzeugen. Um noch mehr Gewinne zu machen, werden Löhne gesenkt, Fabriken automatisiert und alle verwertbaren Rohstoffe aus der Umwelt extrahiert. Im Kapitalismus wird Wirtschaftswachstum zur Grundlage des gesellschaftlichen

⁹ Rest, Jonas: Grüner Kapitalismus? Klimawandel, globale Staatenkonkurrenz und die Verhinderung der Energiewende, Wiesbaden 2011

Wohlstands. Kurz gesagt, es müssen immer neue Märkte erschlossen werden, um Profit zu akkumulieren. Dies ist mit den begrenzten Ressourcen unserer Welt nur schwer vereinbar und wird zwangsläufig zu Krisen und Katastrophen führen, wofür der Klimawandel eines der momentan deutlichsten Beispiele ist.

Grüner Kapitalismus als Lösungsvorschlag

Häufig wird behauptet, es gäbe die Möglichkeit eines nachhaltigen, grünen Kapitalismus, der Klimaschutz und Kapitalakkumulation vereinen könne. Dies bedürfe einer kompletten Umstrukturierung des Energiesystems, denn wie bereits erwähnt beruht dieses bislang grundlegend auf der Verbrennung fossiler Rohstoffe. Tatsächlich sind aktuelle Versuche, Treibhausgasemissionen zu senken, durch z.B. den Emissionshandel¹⁰, das Aufforstungsprojekt REDD+¹¹, oder den „Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung“ (CDM)¹² sehr wenig erfolgreich. Dies liegt nicht an Fehlern ihrer Ausgestaltung, sondern ist ein generelles Problem ihrer marktbasierenden Ausrichtung.

So werden diese Programme in der kapitalistischen Logik eher als Mittel zur Ausweitung der Macht großer Konzerne und Staaten genutzt, statt real den Klimawandel zu bekämpfen. Ein Beispiel hierfür ist der neue „Bio“-Trend in der industriellen Landwirtschaft (mehr dazu im Text „Klimawandel und industrielle Landwirtschaft“). Führende Unternehmen der fossilen Industrien haben weiterhin

¹⁰ Der Emissionshandel ist ein Instrument der EU-Klimapolitik, um die Emissionen von Treibhausgasen unter möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu senken, indem eine begrenzte Anzahl an Emissionsrechten ausgegeben und anschließend auf einem Markt gehandelt wird.

¹¹ REDD+ ist ein seit 2005 auf den Verhandlungen der internationalen Klimarahmenkonvention diskutiertes Konzept, mit dem der Schutz von Wäldern als Kohlenstoffspeicher finanziell attraktiv gemacht werden soll.

¹² „Clean Development Mechanism“ ist einer der 3 vom Kyoto-Protokoll vorgesehenen flexiblen Mechanismen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen. Sein Ziel ist es, sogenannte „Entwicklungsländer“ dabei zu unterstützen, eine nachhaltige Entwicklung zu erreichen und zur Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels beizutragen.

großen politischen Einfluss und da sie durch eine Umstrukturierung des Energiesektors auf erneuerbare Energien in ihrer Wettbewerbsfähigkeit bedroht wären, haben sie großes Interesse an der Verzögerung dieses Wandels.

So erscheint die hypothetische Lösbarkeit des Klimawandel-Problems im Kapitalismus praktisch unmöglich. Der generelle Wachstumszwang, welcher als notwendig für Innovation und Fortschritt propagiert wird, ist unvereinbar mit einem nachhaltigen Leben auf diesem Planeten.

Verwundbarkeit und Verantwortung

Weithin bekannt ist mittlerweile, dass der individuelle ökologische Fußabdruck¹³ stark an das Einkommen und wenig an das ökologische Bewusstsein einzelner Menschen gekoppelt ist. Vereinfacht gesagt: Je reicher ein Mensch, desto mehr konsumiert er*sie in der Regel und desto höher sind dadurch die persönlichen CO2 Emissionen. Vom Klimawandel betroffen sind auf der anderen Seite vor allem Menschen der „unteren Schichten“¹⁴. Das liegt daran, dass es, um sich an geänderte Umweltbedingungen anzupassen, in unserer Welt vor allem Geld braucht.

Der Vulnerabilitäts-Begriff macht dies deutlich: Er besagt, dass das Maß für die „Verwundbarkeit“ von Individuen oder Gruppen nicht nur abhängig ist vom Risiko (z.B. einer Überschwemmung, eines Erdbebens, etc.) an einem bestimmten Ort, sondern auch verknüpft ist mit der Möglichkeit sich zu schützen bzw. sich an die geänderten Bedingungen anzupassen. So können zum Beispiel große Agrarbetriebe bei Dürre ihre Felder und Plantagen vorü-

¹³ Unter dem ökologischen Fußabdruck wird die biologisch produktive Fläche auf der Erde verstanden, die notwendig ist, um den Lebensstil und Lebensstandard eines Menschen dauerhaft zu ermöglichen. Er wird als Nachhaltigkeitsindikator bezeichnet.

¹⁴ Soziale Schichten (nach Pierre Bourdieu) bezeichnen die Platzierung von Individuen bzw. Gruppen in der Gesellschaft mit verschiedenem ökonomischen, kulturellen und sozialem Kapital sowie dem einen charakteristischen Habitus als „Disposition gegenüber der Welt“ (Erzeugungs- und Klassifikationsprinzip).

bergehend künstlich bewässern, während Kleinbäuer*innen ihren Betrieb einstellen müssen.

Dieses Paradoxon findet sich sowohl auf lokaler Ebene zwischen Menschen mit verschiedenem ökonomischen Kapital wieder, wie auch auf globaler Ebene, zwischen Ländern des globalen Südens und Nordens: Die, die den Klimawandel am wenigsten verursacht haben, leiden am meisten unter ihm. Rund 20% der in Deutschland verbrannten Steinkohle kam 2016 aus Kolumbien. Dort werden z.T. indigene Lebensgemeinschaften vertrieben und die Umwelt für nachfolgende Generationen unwiderruflich zerstört, um hier unseren westeuropäischen Lebensstandard mit Energie zu versorgen. Gleichzeitig sind in Bangladesh, einem der ärmsten Länder der Welt (HDI Platz 140), das nur 0,3-0,4 % des weltweiten CO₂-Ausstoßes verursacht (weniger als z.B. New York allein emittiert), die Auswirkungen des Klimawandels bereits enorm zu spüren: Periodische Überschwemmungen und Dürren führen sowohl akut als auch langfristig zu humanitären Katastrophen. Durch den steigenden Meeresspiegel soll Bangladesh bis 2050 ein Zehntel der Landfläche verlieren.¹⁵

Klimagerechtigkeit als Klassenkampf

So führt der Klimawandel dazu, dass die im Kapitalismus angelegte Ungleichheit von Menschen immer weiter verstärkt wird. Der Begriff der Klimagerechtigkeit betont diese Verflechtung. So ist der Kampf ums Klima immer auch ein Klassenkampf. Schon Marx erkannte, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise Menschen in verschiedene Klassen unterteilt: Menschen, die Produktionsmittel besitzen (Kapitalist*innen) und Menschen, die ihre Arbeitskraft an die Kapitalist*innen verkaufen müssen, um ihr Überleben zu sichern. Dieses Klassenmodell wurde vielfach überar-

¹⁵ Ohm, Stefan: Klimawandel: Der Fall Bangladesch, 2008, unter: scilogs.spektrum.de/geo-log/klimawandel-der-fall-bangladesch (abgerufen am 19.11.2018)

beitet und angepasst. Auch haben sich in der post-modernen, globalisierten Gesellschaft viele Angelegenheiten verkompliziert. Zum Beispiel sind die meisten Arbeiten im Niedriglohnsektor mittlerweile in andere Länder out-sourced und die hierarchische Ordnung innerhalb von Firmen ist heute oft differenzierter und dynamischer gestaltet. Doch Fakt ist weiterhin, dass der Wohlstand der oberen Klassen bzw. des globalen Nordens auf der Ausbeutung von Menschen und Umwelt beruht. Hinter dieser Ausbeutung steht die selbe Kraft: die Logik des Profits.

Der Klimawandel ist ein Symptom des Wachstums-Wahnsinns. Daher liegt die „Schuld“ auch nicht bei einzelnen Individuen wie z.B. den Arbeiter*innen der Kohleindustrie, viel mehr müssen wir die generellen Ausbeutungsverhältnisse angreifen, auf denen dieses System beruht. Dazu ist es nötig, sich mit unterdrückten Menschen zu solidarisieren und gemeinsam gegen die Herrschaft des Kapitals und für ein Klima der Gerechtigkeit zu kämpfen.

Für eine sozial-ökologische Revolution

Es bleibt keine Zeit dafür, wie teilweise propagiert wird, sich erst nach der „sozialen Revolution“ um die Umwelt zu kümmern. Denn die ökologische Zerstörung ruft nicht nur konkretes Leid im Hier und Jetzt hervor, sondern beeinflusst auch die Möglichkeit und Ausgestaltung einer befreiten Gesellschaft in der Zukunft. Es braucht ein Mindestmaß an intakter Natur, um zu verhindern, dass die zukünftigen Gesellschaften lediglich eine Form egalitärer Desasterverwaltung werden. Diese Verteidigung der ökologischen Grundlagen des guten Lebens für alle muss aber schon heute geschehen, später ist es zu spät! Sonst wird selbst das »Alles« in der Forderung »Alles für alle!« nicht mehr genug für alle sein, darum lasst uns gemeinsam für eine solidarische und nachhaltige Welt kämpfen!

4 - KLIMAWANDEL & PATRIARCHAT

Die Klimakrise und das Patriarchat sind eng verwoben - Feminist*innen begehren weltweit gegen beides auf

Einmal im Jahr treffen sich internationale Klimadiplomat*innen auf der COP, um über einen Umgang mit dem Klimawandel zu verhandeln. Die dort diskutierten Lösungsansätze sind entweder rein technischer Natur, d.h. es sollen Emissionen durch effizienteren Umgang mit Ressourcen eingespart werden oder sie setzen auf Marktmechanismen, wie den Emissionshandel. Daneben gibt es Vieles über das nicht gesprochen wird. Globale Machtverhältnisse, die mit dem Thema Klimawandel eng verknüpft sind, werden ausgeblendet. Eines dieser Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist das Patriarchat.

Wer spricht?

Bei den Klimaverhandlungen der Vereinten Nationen treffen sich die Vertreter*innen der politischen und ökonomischen Eliten der Welt. Wie nicht anders zu erwarten, ist die Zusammensetzung der COP, also des Ortes an dem die Vertreter*innen der Staaten, über den Umgang mit dem Klimawandel diskutieren, männlich dominiert. Der Anteil der Frauen* bei den Entscheidungsträger*innen lag bei der COP 2016 in Paris unter 20 %. In der Zusammensetzung der Delegationen, die auf der COP verhandeln, spiegelt sich also bereits eine patriarchale Dominanz wieder.

Die Klimaverhandlungen sind auch deshalb so gefährlich, weil sie den Eindruck erwecken, dass sich die Weltgemeinschaft mit der Klimakrise befasst und unermüdlich an Lösungen arbeitet. Der dort diskutierte Handlungsspielraum beschränkt sich jedoch auf marktbasierende Ansätze, die von Aktivist*innen als „falsche Lösungen“ bezeichnet werden. Dass diejenigen, die am stärksten von den Konsequenzen

des Klimawandels betroffen sind (z.B. Kleinbäuer*innen und Frauen aus dem Globalen Süden), dort keinerlei Repräsentation haben, lässt jedoch den wahren Geist der COP erkennen. Für ihre Belange setzen sich höchstens einige NGOs ein, die dadurch allerdings oftmals die Rolle erfüllen, für eine höhere Legitimation der Entscheidungen zu sorgen.

Reproduktionsarbeit als Wachstumsmotor

Der Kapitalismus und die mit diesem einhergehende Zerstörung der Natur fußen auf männlich konnotierten Werten. Dominanz, Konkurrenz, der Kampf z.B. um den Marktanteil, sind Verhaltensweisen, die sich in gesellschaftlich konstruierten Bildern von Männlichkeit wiederfinden. Aufgaben in sozialen Bereichen, wie die sogenannte Reproduktions- oder Sorgearbeit werden zu einem Teil weiblicher Identität gemacht und so weiterhin in den meisten Fällen Frauen* zugeschoben. Die meist unbezahlte Arbeit der Frauen* wird im Kapitalismus, wie die Reichtümer der Natur, als frei zur Verfügung stehende Ressource betrachtet.

Nicht nur die Verwertung von Arbeitskraft und von natürlichen Ressourcen ist notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise, sondern auch die un- oder unterbezahlte Sorgearbeit zählt dazu.

Neoliberale Umformungen

Nun hat sich allerdings in den letzten Jahrzehnten Eines verändert. Beispielsweise hat die zweite Frauenbewegung¹⁶ in vielerlei Hinsicht mit dem konservativen Familien-Modell gebrochen, dessen Grundlage die oben beschriebene Rolleneinteilung ist. Ein altbekanntes Muster

¹⁶ Die zweite Welle der Frauenbewegung begann in den 1960er Jahren und war Bestandteil eines allgemeinen gesellschaftlichen Aufbegehrens sozialer Bewegungen in vielen Teilen der Welt („1968“).

des globalisierten Kapitalismus ist jedoch, dass er progressive Forderungen und Bestrebungen in sich aufnimmt, für sich nutzbar macht und dadurch das eigene Fortbestehen absichert. Diese Eigenschaft ist ein Grund, warum der Kapitalismus, der alte Patriarch, trotz verheerender Krisen nach wie vor so fest im Sattel sitzt.



Neoliberale Theoretiker*innen sahen sich also mit folgender Frage konfrontiert „Wie kann mit dem feministischen Aufbegehren umgegangen werden, wenn doch die unbezahlte Arbeit der Frauen Grundlage des Produktionsprozesses ist?“.

Ihren Positionen zufolge weist die Sorgearbeit keinen Marktwert auf. Sie erzeugt keinen direkten Warenwert und ist kaum zu optimieren (der Umgang mit Kindern und alten

Menschen lässt sich beispielsweise nur sehr begrenzt beschleunigen).

Institutionen wie die Weltbank sehen in der nicht oder kaum entlohnten Arbeit der Frauen* ein bisher „untergenutztes“ Humankapital. Deshalb sollen unter dem Deckmantel von Frauenrechten und Gleichstellungsrhetorik qualifizierte Frauen* aus dem Mittelstand fit für den Markt gemacht werden. Dies bedeutet aber nicht, dass die nach wie vor anstehende Reproduktionsarbeit stärker von Männern geleistet wird. Die entstehende Lücke im Bereich der Sorgearbeit wird zunehmend von migrantischen (teilweise illegalisierten) Arbeiterinnen ausgefüllt. Viele von ihnen kommen aus osteuropäischen Ländern oder dem Globalen Süden. Sie arbeiten in prekären Beschäftigungsverhältnissen in den Haushalten der Metropolen des Globalen Nordens.

Kapitalismus für Nachhaltigkeit und Frauenrechte?

Wie kann eine Lösung der Klimakrise aussehen, wenn gesellschaftliche Machtverhältnisse wie der Kapitalismus und das damit verwobene Patriarchat unangetastet bleiben sollen? Die Antwort liefert der grüne Kapitalismus oder – wenn das böse K-Wort nicht ausgesprochen werden soll – die sogenannte „green economy“.

Der Umstieg auf erneuerbare Energien und marktbasierete Klimaschutzmaßnahmen soll demnach zu einer Steigerung ökonomischen Wachstums führen, ohne dass die herrschenden Verhältnisse in Frage gestellt werden müssen. Ganz nach der neoliberalen Formel „Der Markt wird's schon richten“.

Ein Beispiel dafür ist der Markt für „Emissionszertifikate“, oder weniger, schmeichelhaft ausgedrückt, „Verschmutzungsrechte“. Um den Unternehmen den Wandel hin zur technisch-effizienten, carbon-freien Zukunft schmackhaft

zu machen, müssen demnach Profit-steigernde Anreize geschaffen werden. Denn eines dürfte ja wohl einleuchten - in der kapitalistisch organisierten Gesellschaft ist Natur nur schützenswert, wenn sie einen Marktwert aufweist.

Das Prinzip des Emissionshandels ist schnell erklärt: Unternehmen (oder auch Staaten) investieren in Klimaschutzprojekte und erhalten im Ausgleich dafür die Berechtigung, CO₂-Emissionen auszustoßen. Der CDM (Clean-development-mechanism) ist ein Mechanismus der dieses Prinzip um eine geographische Komponente erweitert. Die Klimaschutzprojekte werden beim CDM immer im Globalen Süden umgesetzt, während die verschmutzenden Unternehmen immer im Globalen Norden ansässig sind.

CDM-Projekte, die sich speziell an Frauen richten, spielen dabei eine zunehmende Rolle. Nun gibt es eine große Spannbreite von Projekten, die als CDM-Projekte zertifiziert werden. Es kann sich hierbei um ein Megaprojekt, wie ein Wasserkraftwerk handeln, aber auch um Projekte, die sich an Privathaushalte in ländlichen Gebieten richten. Dabei zeichnet sich ab, dass die Projekte, die sich speziell an Frauen* richten, in so gut wie allen Fällen kleinteilige Projekte im unmittelbaren sozialen Umfeld der Frauen* sind.

Beispiele hierfür sind die Verbreitung von Biogas-Kochern oder verändertes Verhalten beim Abfallmanagement. Wohlklingende Worte werden gewählt, um die Projekte zu etablieren. Von Empowerment, Entwicklungschancen und Frauenrechten ist die Rede. Im Austausch können sich Unternehmen des Globalen Nordens rühmen, sich für Frauenrechte einzusetzen.

Vulnerabilitäts-Debatte

Frauen* aus dem Globalen Süden werden auch deshalb zur Zielgruppe für Projekte „nachhaltiger“ Entwicklung, da

sie in der Diskussion um die Auswirkungen des Klimawandels als besonders vulnerabel (d.h.verletzlich) gelten. In der Vulnerabilitäts-Debatte wird betrachtet, welche Menschen besonders von den Veränderungen des Klimas betroffen sind. Untersuchungen haben ergeben, dass bei Überschwemmungen, Dürren oder Hitze mehr Frauen* als Männer sterben. Ursachen finden sich in der Arbeitsteilung, der Beschaffenheit von sozialen Netzwerken und der Bewegungsfreiheit. Frauen* mit Kindern oder Schwangere können schlechter fliehen bei akuten Notfällen und sie haben oft schlechteren Zugang zu Informationsquellen, die über potentielle Wetterextreme berichten.

Was allerdings in der Vulnerabilitäts-Debatte oft außen vor bleibt, sind die strukturellen Bedingungen, die dieser Situation zu Grunde liegen. Oft werden stattdessen vermeintlich biologische und kulturelle Differenzen angeführt, um die erhöhte Vulnerabilität zu erklären. Dass Frauen* beispielsweise durch die oben genannten CDM-Projekte genau in diese traditionellen Rollen gedrängt werden, die ihre Vulnerabilität erhöht, bleibt unerwähnt.

Die Realität vielfältiger Geschlechtsidentitäten wird in den CDM-Projektkonzeptionen ausgeblendet und stattdessen nur eine mögliche Perspektive zugestanden. Wo Projekte des CDM vorgeben, Frauenrechte voranzutreiben, bewirken sie also fast immer das Gegenteil.

Backlash per Klimadebatte

Als die Diskussionen um Umweltzerstörung und Armut im Globalen Süden in den 1980er und 1990er Jahren verstärkt geführt wurden, wurde schnell in der vermeintlichen „Überbevölkerung“ eine Ursache konstruiert. Die internationale Debatte blieb nicht ohne konkrete Folgen. In Peru beispielsweise wurden unter der Herrschaft des Präsidenten Fujimori zwischen 1990 und 2000 unzählige

Sterilisierungen von indigenen Frauen* mit Gewalt durchgesetzt. Der sexistische und rassistische Angriff auf die Körper der Frauen* wurde als Bevölkerungskontrolle legitimiert. Den betroffenen peruanischen Frauen* gelang es in einem seit über 15 Jahren andauernden Kampf, die Verbrechen durch Zwangssterilisierung öffentlich zu machen.

Die zugrunde liegende Argumentation ist deutlich: Die Ursache von Umweltzerstörung und Armut sind nicht etwa im Konsum- und Produktionsmodell des Globalen Nordens oder in neokolonialen Welthandelsverträgen zu suchen, sondern in der Gebärfähigkeit einer bestimmten Gruppe von Frauen*, die angeblich die Tragfähigkeit des Planeten übersteigen würde.

Der derzeitige globale Backlash und das Wiederaufkommen rechter Regierungen lässt befürchten, dass derartige Argumentationsmuster nicht zum letzten Mal die politische Bühne betreten haben. Eine Zuspitzung der Klimakrise könnte auch dazu führen, dass solche reaktionären Thesen wieder salonfähig werden und bereits erkämpfte Rechte in Gefahr sind. Dem gilt es, eine feministische Kapitalismuskritik entgegenzusetzen.

Frauen* global gegen Patriarchat und Naturzerstörung

Mit den Kämpfen, die weltweit von Frauen* gegen das Patriarchat und gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage geführt werden, könnten viele Seiten gefüllt werden. Vor allem im Globalen Süden müssen die Menschen ihre Lebensgrundlage gegen die Angriffe des globalisierten Kapitals verteidigen. Mega-Bergbau-Projekte, die zum Ziel haben die natürlichen Ressourcen zu entwenden, um die kapitalistische Maschinerie am Laufen zu halten, stehen in direkter Konkurrenz zu kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Da die Abhängigkeit von intakten Ökosystemen und

Zugang zu Land bei dieser Form der Landwirtschaft wesentlicher höher ist, besteht für viele Menschen eine direkte Notwendigkeit, sich gegen schädliche Entwicklungen zur Wehr zu setzen.

Umweltkonflikte und der Kampf für die eigene Existenz sind deshalb nicht voneinander losgelöst zu betrachten. Aufgrund ihrer starken Betroffenheit sind oftmals Frauen* zentrale Akteur*innen im Widerstand. Berta Cáceres, war Feministin und Aktivistin, die sich gegen ein Wasserkraftgroßprojekt engagierte und das indigenen Netzwerks COPINH aufbaute. Als bekannteste Vertreterin einer antikapitalistischen, feministischen und ökologischen Mobilisierung wurde sie zu einer so großen Gefahr, dass ihre Gegner*innen, darunter die Betreiberfirma und Vertreter*innen des honduranischen Staates, sie ermorden ließen. Nach ihrem gewaltsamen Tod erreichte der Protest eine neue Dimension und letztendlich wurde das Projekt zurück gezogen. Beispiele von Frauen*, die trotz massiver Repression gegen die Zerstörung der Natur und für ein gutes Leben kämpfen, gibt es unzählige.

Auch innerhalb der Bewegungen gegen den Kapitalismus und gegen Naturzerstörung gab es immer wieder wichtige feministische Interventionen. EarthFirst! (USA) war zu Beginn eine Gruppierung, die neben spektakulären, direkten Aktionen gegen Naturzerstörung immer wieder durch menschenverachtende Aussagen auffiel. Linksradikalen Feministinnen wie Judi Beri oder Carolyn Merchant ist es zu verdanken, dass sexistische, rassistische und andere menschenverachtende Positionen innerhalb des US-amerikanischen EF! - Netzwerks zurückgedrängt werden konnten. Auch im deutschsprachigen Kontext konnten Feminist*innen beispielsweise auf dem Klimacamp im Rheinland viele wichtige Impulse über die Art der Organisierung, die Verteilung von Care-Arbeit und die Sichtbarkeit, z.B. bei Pressearbeit setzen.

Der zapatistische Aufstand in Mexiko 1994 hatte von Anfang an sowohl eine ökologische, als auch eine feministische Ausrichtung. Für die Zapatistas¹⁷, vornehmlich in kleinbäuerlichen Communities lebend, ist die kollektive Bewirtschaftung ihrer Felder zentraler Bestandteil der politischen Organisierung. Kleinbäuerliche Landwirtschaft „cools down the planet“, wie Vía Campesina schreibt, und wird von den Zapatistas gegen die Zugriffe des Neoliberalismus verteidigt. Im sogenannten Aufstand vor dem Aufstand erkämpften die zapatistischen Frauen bereits 1993, also ein Jahr vor der Erhebung der Guerilla EZLN, grundlegende Rechte und wehrten sich gegen machistische Strukturen in ihren eigenen Communities.

Esther, Comandanta der EZLN, sagte dazu 2003: „Indigene- und Campesina-Schwestern, wir möchten euch dazu aufrufen, sich zu organisieren, um gegen den Neoliberalismus zu kämpfen, der uns erniedrigt, der uns ausbeutet, und der uns als Indigenas, als Campesinas (Kleinbäuerinnen) und als Frauen verschwinden lassen will. Wir rufen auch die Männer dazu auf, unsere Rechte als Frauen zu respektieren. Aber wir werden sie nicht darum wie um einen Gefallen bitten, sondern wir werden die Männer dazu zwingen, uns zu respektieren.“

¹⁷ Seit 1994 baut die indigene, zapatistische Bewegung ihr eigenes Autonomiemodell im Süden Mexikos auf.

5 - KLIMAWANDEL & FLUCHT

Brücken bauen, während der Meeresspiegel steigt und steigt

Vierzig Millionen Menschen waren 2018 auf der Flucht weltweit. In den nächsten 30 Jahren können es bis zu 200 Millionen Menschen werden¹⁸. Rund die Hälfte aller Flüchtenden weltweit sind Klimageflüchtete¹⁹. Der Großteil der anderen 20 Millionen müssen aufgrund geostrategischer Politik²⁰, z.B. durch Kriege um Ressourcen, ihre Heimat verlassen. Währenddessen hat in der europäischen Gesellschaft eine Diskursverschiebung stattgefunden: Statt willkommen heißen zu sein, werden Geflüchtete heutzutage zu Objekten gemacht, welche es zu verteilen gilt. Dem gilt es entschlossen entgegenzutreten – auch als Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung.



¹⁸ Greenpeace: 200 Millionen Klimaflüchtlinge bis 2040, unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/200-millionen-klimafluchtlinge-bis-2040> (abgerufen am 29.07.2019)

¹⁹ Flucht aufgrund von Klimaveränderungen ist aktuell noch keine offiziell von der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) anerkannte Ursache zur Migration. Obwohl die Gründe für das Verlassen des eigenen Lebensraums oft vielschichtig sind, erkennen immer mehr Menschen an, dass viele zumindest indirekt mit dem Klimawandel zusammen hängen.

²⁰ Geostrategie: bezeichnet zielgerichtetes Handeln in der Geopolitik, um Herrschaft, Kontrolle oder Einfluss über Regionen auszuüben. Als geostrategische Regionen kann man mehrere Territorialstaaten umfassende Gebiete bezeichnen, die bestimmte geopolitische Eigenschaften aufweisen.

Es scheint, als ob wieder erklärt werden muss, wieso Menschen fliehen. Die Medienlandschaft in den „Aufnahmeländern“ behaftet das Thema „Flucht“ mehr und mehr mit negativen Assoziationen. Gleichzeitig steigt die Zahl der Toten vor und an den Grenzen Europas.

Über 25.000 Geflüchtete starben in den vergangenen vier Jahren (Stand 2018), mehr als die Hälfte bei dem Versuch nach Europa zu kommen. Die IOM (Internationale Organisation für Migration) stellt die Statistik zu Verfügung, räumt aber ein, dass die Zahlen nur einen Bruchteil der tatsächlichen Todesfälle zeigen und die Dunkelziffer weitaus höher ist²¹.

Anstatt Flucht als humanitäre und globale Krise zu begreifen, erschafft die EU eine Festung Europa und subventioniert autoritäre Regime, um die Hilfesuchenden fernzuhalten. Aber das hält Menschen nicht davon ab, sich auf den Weg zu machen, auf der Suche nach einem Leben ohne Existenzangst und mit der Möglichkeit auf eine selbstbestimmte Gestaltung. Trotzdem – oder gerade deswegen – schließen und militarisieren Staaten ihre Grenzen, private Hilfsorganisationen werden kriminalisiert und die libysche Küstenwache schießt auf Geflüchtete, finanziert durch deutsche Steuergelder²².

Die Auswirkungen des Klimawandels betreffen schon jetzt Millionen von Menschen, die dadurch ihre Heimat verlassen müssen und sich auf den Weg nach Europa machen. Klimageflüchtete sind demnach keine Randerscheinung, sondern eine direkte Auswirkung der imperialistischen Lebensweise im Globalen Norden (siehe dazu den Text „Klimawandel & Herrschaft“). Die katastrophalen humanitären

²¹ Pro Asyl: Die hingenommenen Toten: Jedes Jahr sterben Tausende auf der Flucht, 2018, unter: <https://www.proasyl.de/news/die-hingenommenen-toten-jedes-jahr-sterben-tausende-auf-der-flucht/> (abgerufen am 29.07.2019)

²² Riegert, Bernd: Libyen als Retter in der Not – für die EU, 2018, unter: <https://www.dw.com/de/libyen-als-retter-in-der-not-f%C3%BCr-die-eu/a-44544303> (abgerufen am 29.07.2019)

Auswirkungen der Klimakrise werden in Fluchtbewegungen sichtbar.

Als Klimagerechtigkeitsbewegung sollte dies Grund genug sein, den Diskurs um Flucht zu einem unserer zentralen Aufgaben zu machen. Dies darf nicht nur als Floskel verstanden werden, sondern muss praktisch und solidarisch umgesetzt werden. Es

ist ein Widerspruch, sich als soziale Bewegung nur auf das Klima und die Umwelt zu beziehen.

Dafür benötigt es die umfassende Einsicht, dass Flucht und Klimawandel zusammengehören und gemeinsame Wurzeln im kapitalistischen Wirtschafts-

system haben. Außerdem müssen wir uns mit unseren eigenen Rollen und Verhalten auseinandersetzen.



Länder des Globalen Nordens profitieren vom Verbrennen fossiler Rohstoffe (auch importiert aus Regionen des Globalen Südens), während der Klimawandel aktuell besonders die Menschen trifft, die räumlich näher am Äquator leben und nicht die (finanziellen) Kapazitäten haben, sich an die Veränderungen anzupassen. So leiden momentan vor allem die Menschen am Klimawandel, die ihn am wenigsten verursacht haben. Gleichzeitig fliegen Menschen aus dem Globalen Norden, die fast uneingeschränkte globale Bewegungsfreiheit genießen, in „exotische“ Regionen, um Urlaub zu machen, während an den Grenzen ihrer Länder Menschen sterben, auf der Flucht vor den Konsequenzen der Klimaerwärmung.

Es ist wichtig, zu verstehen, dass in unserer heutigen Welt Reisefreiheit ein Privileg ist, das nur wenige Menschen besitzen und uns zu fragen, welche Verantwortung sich daraus ergibt. Selbst die Wenigen, die es bis hierher geschafft haben, müssen sich oft mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus, alltäglichem Rassismus und kapitalistischer Ausbeutung auseinandersetzen. Mögliche Strategien, um von den Privilegien eines europäischen Passes direkt und kurzfristig Gebrauch zu machen, sind zum Beispiel sogenannte Schutzehen²³, das Verstecken von Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, oder die Planung und Durchführung anderer Demonstrationen und Aktionen, die illegalisierte Menschen nur unter erhöhter Repressionsgefahr machen könnten. Es geht nicht nur um individuelle Handlungsentscheidungen, sondern auch um Strukturen, die kritisiert und verändert werden müssen.

Viele Aktivist*innen, die auch Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung sind, beteiligen sich bereits an solidarischen Aktionen mit Geflüchteten. Als Bewegung bleibt es jedoch meist bei inhaltslosen Worten. Wenn wir uns "gerecht" nennen wollen, müssen wir auch gerecht handeln. Dafür sollten wir diesen Zusammenhang auch in unsere lokale Strukturen, wie z.B. in die Klimaortsgruppen, bringen. Die Aktionsformen, die wir benutzen, können oft auch auf das Thema Flucht angewendet werden, wie z.B. Blockaden von Abschiebeflügen.

Ebenfalls dazu gehört, dass wir rassistisches Denken und Verhalten in unseren eigenen Organisationen reflektieren und uns zum Beispiel fragen, warum die Klimabewegung hier in Deutschland im Allgemeinen eher *weiß*²⁴ ist.

²³ Schutzehhe bezeichnet eine formal gültige Ehe, welche nicht der klassischen Vorstellung einer romantischen Paarbeziehung entspricht, sondern vor allem zum Zweck des Erlangens einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis einer der beiden Ehepartner*innen geschlossen wurde.

²⁴ Weiß ist hier kursiv gedruckt, da es nicht direkt um eine Hautfarbe geht, sondern um unterschiedliche Möglichkeiten an gesellschaftlicher Teilhabe aufgrund von äußerlichen Erscheinungen in einer Gesellschaft der weißen Vorherrschaft.

Es gilt, alles zu verändern, den Klimawandel einzudämmen und gleichzeitig Strukturen aufzubauen, um die Folgen unseres zerstörerischen Gesellschaftsmodells zu tragen, diese zu überwinden und uns zu ermöglichen, gemeinsam solidarisch zu leben.

Wir dürfen nicht in Ohnmacht verfallen aufgrund der Schuldfrage, sondern müssen Verantwortung übernehmen und anfangen, Veränderung zu schaffen: Mit den zu uns gereisten Menschen auf eine Augenhöhe kommen - als Individuen, Gruppen und Kampagnen -, sie im Prozess des Ankommens sowie beim Verarbeiten ihrer Fluchterfahrung unterstützen. Es geht darum, in Kontakt und Austausch zu kommen, um daraus gemeinsame Handlungen folgen zu lassen.

Es braucht neue Strukturen, neue Beziehungen, eine neue Welt. Wir müssen gemeinsam Alternativen leben in einer Welt, in der der Faschismus wieder einmal auf dem Vormarsch ist.

6 - KLIMAWANDEL & FASCHISMUS

Angriff und Vereinnahmung -

Klimawandelleugnung und Heimatschutz

Auf den ersten Blick scheinen die antifaschistische und die Klimagerechtigkeitsbewegung wenig gemein zu haben. Die „cultural gap“²⁵ zwischen einer international vernetzten Klimabewegung, die sich mit einem abstrakten, wenngleich drängenden Problem auseinandersetzt, und oft lokal agierenden Antifa-Gruppen, die den/die politischen Gegner*in konkret vor Augen haben, scheint groß. Beide Entwicklungen, der Kampf um Klimagerechtigkeit als auch das Zurückdrängen nationalistischer und faschistischer Bestrebungen, sind zwei zentrale Fragen des 21. Jahrhunderts. Wo finden sich, abseits von Klischees wie „Black Block“ oder „Klimahippies“, vielleicht auch verbindende Elemente?



Ökofaschismus der extremen Rechten

Die Klimabewegung erntet mittlerweile die Früchte ihres langjährigen Engagements. Seien es die breiten Mobilisierungen um den Hambacher Forst und die gerichtliche Entscheidung eines vorläufigen Rodungsstopps oder die Reden von Greta Thunberg²⁶. Im Rahmen des Bündnisses Ende Gelände haben sich über 30 klimapolitische Ortsgruppen gegründet und eine thematische Erweiterung hin zu Landwirtschaft (Free The Soil) oder Autoverkehr (Anti-IAA) angestoßen. Ein Großteil der Bevölkerung und selbst bürgerliche Medien sympathisieren mit der Bewegung und hal-

²⁵ Cultural gap (dt. Kulturlücke) bezeichnet einen systematischen Unterschied zwischen zwei Kulturen, z.B bezüglich Werten, Verhalten oder Bildung, die das gegenseitige Verständnis oder die Beziehungen behindern.

²⁶ Greta Thunberg ist ein 16-jährige, schwedische Schülerin, die aus Protest gegen das Nicht-Handeln der Regierung in Sachen Klimawandel freitags nicht zur Schule geht und stattdessen streikt. Mittlerweile gibt es international viele Nachahmungen, u.a. unter dem Namen Fridays for Future.

ten ihr Anliegen für notwendig. Auseinandersetzungen führen die Aktivist*innen vor allem mit den Kohlekonzernen oder rückwärtsgewandten Politiker*innen.

Das Hauptbetätigungsfeld für Antifaschist*innen, die (extreme) Rechte, stand bis jetzt kaum im Fokus. Diese begegnet dem Thema Klimagerechtigkeit auf zwei Arten: Zum einen versuchen extreme Rechte, vor allem aus der völkischen Siedlerbewegung, das Thema Umweltschutz zu vereinnahmen. Das Neonazimagazin „Umwelt und Aktiv“ publiziert regelmäßig zu umweltpolitischen Themen aus einem völkischen Blickwinkel. Dem gab immerhin schon die Ökofeministin Vandana Shiva²⁷ ein Interview²⁸ in Unkenntnis des politischen Hintergrunds. Ein weiteres Paradebeispiel ist die Solidaritätserklärung der neonazistischen Kleinstpartei „Der Dritte Weg“ mit den Aktivist*innen des Hambacher Walds.²⁹

Die Verbindung von ökologischen Themen mit anti-aufklärerischen Ideen und der Übertragung von Darwins Evolutionslehre auf bevölkerungspolitische Phänomene hat in Deutschland seit Ende des 19. Jahrhunderts Tradition. Sozialdarwinismus³⁰ und die nationalsozialistische „Blut und Boden“-Ideologie vereinen sich heutzutage mit einem romantisierenden Naturverständnis unter dem Slogan „Umweltschutz ist Heimatschutz“ der völkischen Rechten. Akteur*innen aus sogenannten völkischen Siedlungen versuchen gezielt, lokale Initiativen gegen Atomenergie und Gentechnik oder solidarische Landwirtschaftsnetzwerke zu unterwandern.³¹

²⁷ Vandana Shiva wiederum steht in der Kritik für ihr biologistisches Konzept der „Öko-Apartheid“

²⁸ Umwelt & Aktiv: Im Gespräch mit Vandana Shiva, 2012, unter: <http://www.umweltundaktiv.de/umweltschutz/im-gespraech-mit-vandana-shiva/> (abgerufen am 29.07.2019)

²⁹ unter: <https://www.nf-farn.de/hambacher-wald-querfrontangebote-rechts>

³⁰ Sozialdarwinismus ist eine soziologische Theorie, die darwinistische Prinzipien der Evolution auf die menschliche Gesellschaft überträgt und so bestimmte soziale Ungleichheiten als naturgegeben gerechtfertigt erscheinen lässt

³¹ unter: https://www.nf-farn.de/system/files/documents/handreichung1_farn_fuer_web.pdf

Kontroverse Klimawandelleugnung in der AfD

In der AfD hingegen vermengt sich am auffälligsten rechtes Gedankengut mit der Vorstellung, es gäbe keinen menschengemachten Klimawandel.³² Beispielhaft dafür ist das Interview vom Parteivorsitzenden Alexander Gauland in der ZEIT, in dem er erklärte, er halte eine Klimapolitik für sinnlos.³³ Gemäß ihrer neoliberalen Ausrichtung positioniert sich die AfD gegen sogenannte „planwirtschaftliche Eingriffe“ und gegen „jegliche Subventionen“ im Energiebereich. Benannt wird jedoch ausschließlich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das die Partei grundsätzlich abschaffen will. In den AfD-Fraktionen in Sachsen und Brandenburg dominiert eine klare Pro-Kohle-Haltung und gerät damit in Konflikt mit anderen Landesverbänden, die sich dem Schutz von Heimat oder dem Kampf gegen Feinstaub durch Kohlekraftwerke verschrieben haben.³⁴

Zu betonen ist jedoch, dass die Expertise der AfD in Umwelt- oder Klimafragen sehr dünn ist. Neben dem Lieblingsthema Migration werden klimapolitische Fragen wenig aufgegriffen. Somit stecken hinter der Klimawandelleugnung weder fachliche Kenntnisse bzw. eine stringente Argumentation, sondern vielmehr die Ablehnung der Werte, für die sich die Klimagerechtigkeitsbewegung einsetzt. Nicht nur das Thema Kohle, sondern auch und vor allem, dass sich die Bewegung für Themen wie offene Grenzen oder die sexuelle Selbstbestimmung einsetzt, macht sie für die AfD zu einem roten Tuch.

³² Klimawandelleugner*innen lassen sich auch in anderen Kontexten finden, z.B. bei den Industrielobbyisten Dirk Maxeiner und Michael Miersch oder bei EIKE („Europäisches Institut für Klima und Energie“). Auch in verschwörungstheoretischen Kreisen tummeln sich viele Klimaskeptiker*innen und das Internetportal PI-News kombiniert in Artikeln Rassismus mit Klimawandelleugnung.

³³ ZEIT ONLINE: Afd-Chef hält Klimapolitik für sinnlos, 2018, unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2018-08/alexander-gauland-afd-chef-klimawandel-rente-digitalisierung> (abgerufen am 29.07.2019)

³⁴ Götze, Susanne/Kirchner, Sandra: Die Umweltpolitik der Alternative für Deutschland (AfD) Eine politische Analyse, 2016, unter: http://www.weiterdenken.de/sites/default/files/uploads/2016/02/policypaper_susanne_goetze_umwelt-afd.pdf, (abgerufen am 29.07.2019)

Rassismus als roter Faden

Gemein ist der (extremen) Rechten, dass sie die sozial-ökologische Frage rassistisch aufladen. So wird beispielsweise jedem Volk (alternativ jeder Kultur) ein bestimmter Raum zugeordnet. Die Ressourcen im begrenzten Raum der heimischen Kultur (oder des deutschen Volks) werden als bedroht angesehen durch Migration oder Überbevölkerung im Globalen Süden. Globale Macht- und Wirtschaftsverhältnisse werden rassistisch und völkisch umgedeutet. Die Rechte propagiert ebenso den unbegrenzten Zugriff auf Ressourcen in anderen Ländern.³⁵ Sie bieten als scheinbare Lösung für die sozial-ökonomische Krise ein Fortschreiben der Externatisierungsgesellschaft³⁶ an, in der der Globale Norden auf Kosten anderer Weltregionen lebt.

Auch außerhalb Deutschlands verbindet sich rechtes Gedankengut mit anti-ökologischen Bestrebungen. Brasiliens neuer rechter Präsident gilt als ausgemachter Klimawandelskeptiker. Seine Politik ist nicht nur gekennzeichnet durch zutiefst faschistische, rassistische und frauenfeindliche Rhetorik und Gesetzesänderungen als Ausdruck seines Hasses gegen alles „Linke“³⁷. Ebenso schießt Bolsonaro gegen ökologische Bewegungen, befürwortet Mega-Projekte, die katastrophale soziale und ökologische Folgen haben, und kriminalisiert die Landlosenbewegung. In den USA und Italien haben Trump und Salvini nicht nur massiv soziale Errungenschaften zurückgedrängt, sondern auch umweltpolitische Maßnahmen der letzten Dekaden zurückgefahren. In beiden Ländern hat dies zu einer Repolitisierung der ökologischen Kämpfe geführt.

³⁵ Pomp, Caron: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, 2016, unter: <https://www.postwachstum.de/die-externalisierungsgesellschaft-und-ih-preis-20161209> (abgerufen am 29.07.2019)

³⁶ Der Begriff der Externatisierungsgesellschaft beschreibt die Auslagerung der Kosten der Ausbeutung von Ressourcen in andere Teile der Welt.

³⁷ Dierkes, Hermann: Wohin treibt Brasilien? Der Bolsonarismus und die politische Linke, 2018, unter: <http://www.sozone.de/2018/11/wohin-treibt-brasilien/> (abgerufen am 29.07.2019)

Klimagerechtigkeit und Antifaschismus gehören zusammen

Die großen Mobilisierungen gegen Braunkohle haben in den vergangenen Jahren bundesweit zu erstaunlichen Organisationsprozessen geführt.

Das Thema Klimawandel findet auch in der radikalen Linken zusehends Gehör. Bei Demonstrationsbefragungen während des G20-Gipfels in Hamburg wurde Klimawandel von allen Befragten am häufigsten als das Thema genannt, das sie politisch bewegt.

Folgerichtig gibt es seit über einem Jahr verstärkt Versuche aus der Klimagerechtigkeitsbewegung, Brücken zu anderen Kämpfen zu schlagen. Im August 2017 fand parallel zum Klimacamp im Rheinland erstmals ein connecting-movements-Camp statt. Bei den Ende-Gelände-Aktionen 2017 gab es Finger mit explizit queer-feministischem und antirassistischem Ausdruck. Beim Parteitag der AfD in Hannover beteiligte sich ein Klima-Finger an den Blockaden. Bei den Protesten gegen die AfD in Berlin Ende Mai 2018 gab es einen großen Blockadefinger aus Ende-Gelände-Strukturen im Ende-Gelände-Style.

Der Klimagerechtigkeitsbegriff beinhaltet zwangsläufig eine antirassistische Perspektive. Denn dabei geht es um globale soziale Gerechtigkeit gegenüber allen (neo-)kolonialisierten Regionen in der Peripherie.

Diese sind häufig am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, während ihre Ressourcen weiter von Akteur*innen aus den kapitalistischen Zentren ausgebeutet werden. Deshalb ist es kein Wunder, dass Klimagruppen sich auch lokal an antirassistischer Arbeit und an antifaschistischen Mobilisierungen beteiligen.

Auch die antifaschistische Bewegung hat sich in den ver-

gangenen Jahren wesentlich breiter aufgestellt. Feministische und antirassistische Perspektiven beispielsweise haben schon lange ihren Platz in ihr.

Die Ergebnisse antifaschistischer Recherche können das Bewusstsein der Klimabewegung gegenüber Vereinnahmungsversuchen von Neonazis schärfen.

Was kommt?

Die dieses Jahr zu erwartenden Stimmenzuwächse der AfD in drei ostdeutschen Landtagen sind ein Ergebnis der allgemeinen autoritären Zuspitzung. Rassistische, antisemitische und völkische Erklärungen für globale und gesellschaftliche Machtverhältnisse und die ökologische Krise sind auf dem Vormarsch. Engagement gegen eine Partei der Klimawandelleugner*innen und die Aufladung der sozialökologischen Frage durch rassistische Erklärungsmuster ist auch von der Klimagerechtigkeitsbewegung gefragt.

Antifaschist*innen haben die AfD schon lange auf dem Schirm. Wir können davon ausgehen, dass vor den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg die Zukunft von Industrie und Arbeitsplätzen im mitteldeutschen und Lausitzer Braunkohlerevier eine große Rolle spielen wird. Die Landesregierungen, die Braunkohlekonzerne und ihre Lobbyverbände haben die Intention, die Forderungen der Klimagerechtigkeitsbewegung und die Interessen der Menschen in den Kohlerevieren gegeneinander auszuspielen. Doch auch viele Menschen in Bergbauregionen wollen Klimaschutz.

Sie haben bloß berechtigte Sorgen um ihren Lebensunterhalt. Unsere Aufgabe besteht also darin, diesen Konflikt von rechts und nach links zu verschieben, um deutlich zu machen, worum es eigentlich geht: Um eine Auseinandersetzung zwischen fossilem Kapital und den Beschäftigten

in den Kohleregionen. Rechte Akteur*innen versuchen in diesem Konflikt, rassistische und/oder verschwörungstheoretische Akzente zu setzen und ihr menschenverachtendes Weltbild als legitim erscheinen zu lassen.

Eine Zusammenarbeit zwischen Antifaschist*innen und Klimagerechtigkeitsaktivist*innen scheint mehr als notwendig. Dafür wären ein thematisch erweitertes Klimacamp oder eine Antifa-Konferenz mit Klimathema schon einmal ein Anfang. Angesichts der anhaltenden Zustände und aktuellen Entwicklungen ist die Gefahr des Klimawandels und faschistischer und rassistischer Akteure ein dringendes Betätigungsfeld für die radikale Linke.

7 - KLIMAWANDEL & MILITARISMUS

Die Erderwärmung bekämpfen statt einander

Krieg entsteht nicht einfach so. Um Interessen durchzusetzen oder Auseinandersetzungen auszutragen, werden weltweit zahlreiche Menschen in kriegerische Handlungen verwickelt. Betroffen sind dabei viel zu oft Zivilbevölkerungen. Um Krieg überhaupt führen zu können, werden in hohem Maß Arbeitskraft sowie zeitliche und emotionale Kapazitäten benötigt. Das ist vor allem bei Einwohner*innen von Kriegsgebieten der Fall, jedoch auch bei Arbeiter*innen in der Waffenindustrie und beim Militär.

Diesen Zustand ermöglichen staatliche Budgets, die viele Milliarden Dollar, Yuan, Euro, Rubel, ... pro Jahr für militärische Zwecke bereitstellen. Wenn 11% des Geldes, das jährlich in Krieg investiert wird, in die Bekämpfung von Hunger und extremer Armut fließen würde, könnten diese bis 2025 komplett beendet werden.³⁸ Eine universelle Gesundheitsversorgung, Grundausbildung und ein Zugang zu weiterführender Bildung für alle Menschen könnte so erreicht werden. Außerdem könnte das Geld dafür verwendet werden, die internationalen Ziele der Klimaverhandlungen von Paris sowie die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN zu erreichen – anstatt es in Kriege zu stecken (wir wollen damit nicht sagen, dass diese Ziele ausreichen würden – sie sind in vielen Aspekten auch kritisch zu sehen). Würde Geld system(at)isch anders verteilt, könnte ein Fokus auf Energieeffizienz, auf lokale, erneuerbare Energien für alle gelegt werden, und es könnte große Zerstörung menschlichen und tierischen Lebens und der Umwelt verhindert werden.

³⁸ Sachs, Jeffrey David: *The End of Poverty: Economic Possibilities for Our Time*, New York 2005
SIPRI: *Military expenditure by region in constant US dollars, 1988–2017, 2018*, unter: https://www.sipri.org/sites/default/files/4_Data%20for%20world%20regions%20from%201988%E2%80%932017.pdf (abgerufen am 04.01.2019)

Aber was sind schon Prioritäten im staatlichen Finanzhaushalt, wenn - gerade in so unsicheren Zeiten wie heute - Machtbeziehungen ausgebaut werden müssen? Krieg ist „big business“ und die Rüstungsindustrie profitiert von



politischen und wirtschaftlichen Krisen. Diese dauerhaften Krisen nämlich gewährleisten konstante Geldflüsse.

Wirtschaftliche Ausbeutung, Klimawandel und militärische Konflikte werden maßgeblich durch wohlhabende Staaten generiert. Ihre Auswirkungen sind jedoch in entfernten Teilen der Welt sichtbar. Im schlimmsten Falle wissen sich die dort beheimateten Menschen nicht anders zu helfen, als zu fliehen und Schutz in den privilegierteren Ländern im Globalen Norden zu suchen. In diesen Ländern jedoch wird von, häufig rechtsorientierten, Parteien, Vereinen

und Privatpersonen Panik diesbezüglich geschürt. Von ihnen verwendete Begriffe wie „Flüchtlingswelle“ ziehen sogar bildlich eine Parallele zu Klimakatastrophen wie Flutungen. Menschen in Not werden durch derartige populistische Angstmacherei degradiert und einzig als Bedrohung abgestempelt. Mit dem so erzeugten Gefahrenbild versuchen Politiker*innen, Budgeterhöhungen für militärische Grenzkontrollen zu legitimieren. Sie wollen damit auch den Krieg der NATO gegen Geflüchtete rechtfertigen. Dabei ist die NATO eine der Hauptverantwortlichen dafür, dass Menschen ihr Zuhause verlassen müssen. Kriegerische Aktivität wird so durch ihre eigenen Folgen immer weiter reproduziert.

Schauen wir uns die Rolle des Militärs in der Klimakrise genauer an. So zeigt sich, dass der Militärapparat unverhältnismäßig viel Energie verbraucht: Energie, um Fahrzeuge und Waffen herzustellen und zu transportieren, Energie, um Militärbasen und -fabriken zu bauen, und natürlich Energie, um die Schäden der militärischen Einsätze wieder zu reparieren.

Gleichzeitig kooperiert das Militär mit der Atomindustrie. Trotz „Energiewende“ ist auch die Wirtschaft in Deutschland immer noch mit ihr verwickelt. Es gibt eine Urananreicherungs- und eine Brennelementfertigungsanlage, die den Betrieb von Atomkraftwerken außer Landes ermöglichen. Außerdem sind immer noch US-amerikanische Nuklearwaffen im Fliegerhorst Büchel stationiert, in deren Gebrauch auch die deutsche Luftwaffe unterwiesen wird. Erst das militärische Interesse an nuklearer Forschung hatte zu staatlichen Subventionen geführt, die notwendig waren, um Atomenergie wirtschaftlich ergiebig zu gestalten.

Ironischerweise dienen militärische Interventionen häufig direkt oder indirekt der Sicherung wirtschaftlicher

Interessen im Ausland - es werden also Energie und Rohstoffe auf den Versuch verwendet, weiteren Zugang zu Energie und Rohstoffen zu gewährleisten.

Beim Kampf um Ressourcen geht es sowohl um fossile Energieträger wie Öl oder Kohle als auch um Metalle. Letztere - beispielsweise Aluminium, Kupfer, Nickel und Platin - werden in großem Umfang aus dem Globalen Süden importiert, um militärisch genutzt zu werden. Indigene Gemeinschaften werden von ihrem Land vertrieben, das für Bergbauprojekte privatisiert wird. Genau diese Regionen, deren Rohstoffe für die Waffenproduktion notwendig sind, werden maßgeblich Schauplätze von Kämpfen und Kriegen. Betroffen sind großteils unbewaffnete Kleinbäuer*innen und indigene Menschen. Kriege werden also geführt, um Ressourcen kontrollieren und ausbeuten zu können, die nötig sind, um noch mehr Kriege mit Panzern, Kampfflugzeugen und Raketen zu führen.

Dabei kontaminieren militärische Aktivitäten Erde und Luftraum. Bereits die CO₂-Emissionen sind beachtlich: Ein „Airbus A400M Atlas“ Transportflugzeug der deutschen Luftwaffe alleine benötigt bei Höchstbeladung über 268 Liter Treibstoff pro Minute - dies entspricht dem Verbrauch von mehr als 2300 durchschnittlichen Autos, die mit 100km/h auf einer Autobahn fahren.³⁹

Ein weiteres Beispiel für die Umwelt- und Klimaschädlichkeit von Militäreinsätzen ist der Moorbrand in Niedersachsen im Herbst 2018, welcher durch einen Raketen-test der Bundeswehr ausgelöst wurde. Der Brand dauerte einen Monat, zerstörte ein Naturschutzgebiet und führte

³⁹ unter: <https://web.archive.org/web/20120415134747/http://www.airbusmilitary.com/Aircraft/A400M/A400MSpec.aspx> (abgerufen am 18.04.2019)
Ahlswede, Andreas: Durchschnittlicher Kraftstoffverbrauch der in Deutschland zugelassenen Pkw in den Jahren von 2007 bis 2017 (in Liter/100 Kilometer), 2019, unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/484054/umfrage/durchschnittsverbrauch-pkw-in-privaten-haushalten-in-deutschland/> (abgerufen am 18.04.2019)

dazu, dass über 1 Million Tonnen CO₂ freigesetzt wurden – so viel wie ca. 10 000 Menschen in Deutschland durchschnittlich im Jahr produzieren.⁴⁰

Auch Transport, Waffenproduktion und -nutzung setzen Treibhausgase frei und tragen somit zum Klimawandel bei. Dazu kommen noch gefährliche, teils radioaktive Mikro- und Nanopartikel von Schwermetallen (Kadmium, Chrom, Quecksilber, Thorium usw.), die beim Einsatz der Waffen Böden und Umwelt vergiften. In der Gegend um den italienischen Truppenübungs- und Raketenstartplatz „Poligono sperimentale e di addestramento interforze Salto di Quirra“ wurde ein stark erhöhtes Auftreten von Krebserkrankungen sowie Fehlbildungen bei Neugeborenen festgestellt. Bis 2011 war es Hirt*innen noch gestattet, Schaf- und Rinderherden auf militärischem Sperrgebiet weiden zu lassen. Viele dieser Hirt*innen leiden inzwischen an schweren Krebserkrankungen.⁴¹

Zu den Auswirkungen eines Krieges gehören also neben den Kriegsopfern auch chemische und manchmal radioaktive Verseuchungen der Luft und des Grundwassers, ausgeflossenes Öl oder abgebrannte Wälder und natürlich die Zerstörung von Häusern und lokaler Infrastruktur. All dies gefährdet den Lebensraum von Menschen und Tieren für Generationen.

In Kriegen um Frischwasser und fruchtbares Land kostet der Klimawandel in betroffenen Regionen bereits heute zahlreiche Leben. Grün-kapitalistische Antworten auf den Klimawandel, wie zum Beispiel Klimakompensationsanlagen und Biokraftstoffe, verschärfen den Konflikt nur: sie

⁴⁰ Wichert, Marc: Moorbrand: Mehr als 500.000 Tonnen CO₂ freigesetzt, 2018, unter: https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Moorbrand-Mindestens-5000-Tonnen-CO2-freigesetzt,moorbrand234.html (abgerufen am 18.04.2019)
Bundesministerium der Verteidigung: Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jens Beeck, Dr. Markus Faber, Michael Theurer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 19/5154, 2018, unter: <https://kleineanfragen.de/bundestag/19/5620-konsequenzen-aus-dem-moorbrand-auf-dem-gelaende-der-wtd-91-in-meppen> (abgerufen am 18.04.2019)

⁴¹ unter: https://www.bremerfriedensforum.de/pdf/Rede_Hiroshima_2013_Heinz_Buescher.pdf (abgerufen am 29.07.2019)

intensivieren neokoloniale Landnahmen. Gleiches gilt für Uranminen, in denen Rohstoffe für die Brennelemente der Atomkraftwerke gefördert werden. Bei der Urananreicherung entsteht nuklearer Müll, der wiederum für Panzerbeschichtungen und für die Herstellung von Bomben und Maschinengewehrmunition genutzt wird.

Damit der Kapitalismus weiter existieren kann, ist ökonomisches Wachstum nötig. Kriege und steigender Ressourcenabbau sind zwei gute Möglichkeiten, um dieses Wachstum zu erzeugen. Die daraus resultierenden Umweltschäden, Klimawandel und Ungerechtigkeit führen zu noch mehr Krieg. Profitgier generiert also einen Kreislauf aus Zerstörung und Missachtung.

Krieg und Aufrüstung finden meist zum Zweck der Bereicherung, Selbstdarstellung oder des Machterhalts statt, und das auf Kosten anderer. Dies ist für uns inakzeptabel. Militärische Handlungen in einem Kontext von Selbstverteidigung und der Herstellung/dem Erhalt von Freiheit und Autonomie werfen dagegen andere Fragen auf. Hier muss vermutlich jede*r selbst entscheiden, in welcher Situation wie viel organisierte gewalttätige Auseinandersetzung legitim sein könnte. Aus diesem Grund finden wir es wichtig, in diesem Text „Krieg“ nicht ohne eine tiefer gehende begriffliche Definition und Analyse pauschal als verwerflich abzufertigen. Wir möchten jedoch alle ermuntern, sich dazu Gedanken zu machen und diese gemeinsam zu diskutieren.

In der Zwischenzeit sollten wir versuchen, den Militarismus gerade mächtiger Staaten zu schwächen. Die Missstände auf dieser Welt können nicht warten, bis auch die Regierenden zu der Erkenntnis gelangt sind, dass unser politisches und wirtschaftliches System nicht langfristig funktionieren wird. Es ist wichtig, selbst tätig zu werden. Wir sollten uns mit den Kämpfen solidarisieren, die

indigene Bevölkerungsgruppen seit Jahren für ihren Lebensraum, ihre Rechte, Autonomie und den Erhalt der Erde führen. Gleichzeitig sollten wir uns selbst organisieren und Verantwortung übernehmen, sowohl für unseren Umgang mit Ressourcen als auch für unsere gesellschaftlichen Strukturen. Nur auf diese Weise kann eine friedvolle, nachhaltig bewohnbare Erde für alle ermöglicht werden.

8 - KLIMAWANDEL & ATOMENERGIE

Zentralisierte und gefährliche Energiegewinnung sind keine Wege aus der Klimakrise

Weltweit ist die Atomindustrie im Niedergang. Spätestens seit den katastrophalen Unfällen von Tschernobyl und Fukushima ist klar, dass Atomkraftwerke niemals sicher sein können. Nach wie vor gibt es keine Lösung für den über Jahrtausende strahlenden Atommüll. Es ist klar, dass es unmöglich ist, ihn sicher zu entsorgen. Gleichzeitig privatisiert die Atomindustrie ihre Gewinne und überlässt die anfallenden Ewigkeitskosten der Gesellschaft.

Die Gewinnung von Atomenergie ist teuer. Die Atomindustrie konnte nur durch immense Summen von Steuergeldern aufgebaut werden. Ihre Technologie ist die Voraussetzung für die Atomwaffenproduktion. Vor dem Hintergrund der militärischen Nutzung brauchte es erst politische Entscheidungen, um uns die „zivile Nutzung“ der Atomkraft zur allgemeinen Energieversorgung schmackhaft zu machen.

Viele europäische Länder steigen Stück für Stück aus der Atomkraft aus.⁴² Die Anti-Atom-Bewegung konnte den notwendigen Druck für diese Entscheidungen erzeugen. Auch vorher schon hat sie viele wichtige Siege errungen: Gorleben, Wackersdorf, Brokdorf, Whyl - um nur einige zu nennen. So konnten in Deutschland die allermeisten der ursprünglich geplanten 600 Atomkraftwerke verhindert werden.

Die Atomlobby verkauft ihren dreckigen Strom als grüne Lösung

Doch dabei schaut die IAEA, die internationale Atomenergie Agentur, seit jeher Lobbyorganisation der Atomindustrie, nicht tatenlos zu. Sie nutzt nun die Klimakatastrophe und

⁴² Einen Überblick über die Entwicklung der Atomkraft weltweit findet ihr unter <https://www.worldnuclearreport.org>

präsentiert Atomkraft bei den Klimaverhandlungen der UN (COP) als CO₂-arme Energieproduktion und damit als Teil einer Lösung für das Klimaproblem. In ihrem Papier „Nuclear Power and the Paris Agreement“ von 2016 schreiben



sie: „Kernenergie ist eine Energiequelle, die einen bedeutenden Beitrag zum Pariser 2-Grad-Ziel und den Zielen der UN für nachhaltige Entwicklung leisten kann, denn sie produziert wenig Treibhausgase.“ Eine Umsetzung würde erhebliche Investitionen erfordern. Bis 2050 müssten laut IAEA 900 GW (etwa 800 Kraftwerke) neu gebaut werden.

Sie schreiben weiter: „Aber die Entwicklung wird durch hohe Kosten, ungünstige Bedingungen auf den Finanzmärkten und die Bedenken der Öffentlichkeit behindert. Die Pariser Verhandlungen fordern eine Dekarbonisierung – deshalb sollten die Bedingungen für eine Erweiterung der Kernenergie besser werden.“⁴³ Auch FORATOM, das europäische Atomforum, hält die Atomenergie für unverzichtbar, wenn die EU ihre Klimaziele erreichen möchte. Die Atomlobby hat also in den Debatten um den Klimawandel

⁴³ IAEA: Nuclear Power and the Paris Agreement, 2016, unter:<https://www.iaea.org/sites/default/files/16/11/np-parisagreement.pdf> (abgerufen am 29.07.2019)

eine neue Möglichkeit gefunden, ihren dreckigen Strom als grüne Lösung zu verkaufen.

Atomkraft ist keine erneuerbare Energie!

Um die Klima- und Umwelt(un)freundlichkeit der Atomenergie beurteilen zu können, schauen wir uns die einzelnen Schritte vom Uranabbau bis zum Atommüll genauer an.

1. Uranabbau

Richtig benannt müsste die Atomindustrie eigentlich Uranindustrie heißen, denn sie basiert, wie die Kohle-, Gas- oder Ölindustrie, auf Rohstoffen. Uran wird aus der Erde geholt, wahlweise in Tagebauen (ähnlich wie bei der Braunkohle) oder durch Fracking abgebaut. Das passiert hauptsächlich in Kasachstan, Kanada, Australien, Niger, Namibia, Russland, Usbekistan, China und in den USA.

Das Erz, das oft nur einen Urangehalt von 0,2 % hat, wird ausgesprengt und mit Unmengen von Wasser und Chemikalien zu Yellowcake verarbeitet, dem Rohstoff, der angereichert zu Brennelementen verarbeitet werden kann. Bei jedem dieser Schritte fallen radioaktive und hochtoxische Stoffe an, die eigentlich sicher gelagert bzw. entsorgt werden müssten.

Dabei kommt es zu Menschenrechtsverletzungen, Umweltkatastrophen, riesigen, radioaktiv strahlenden Halden, Zwangsumsiedlungen und zur Verseuchung von Trinkwasser. 80% der Abbaugelände befinden sich auf indigenem Land. Doch Menschen kämpfen und wehren sich dagegen. Aborigines in Australien mit Walkatjurra Walkabout, einem Marsch gegen den Uranabbau⁴⁴ oder Indigene in den USA, die mit der Kampagne Haul No! gegen Atomtransporte kämpfen.⁴⁵ Das Netzwerk „Don't nuke the climate“ vernetzt weltweit Men-

⁴⁴ Atkinson, Marcus: Walkatjurra Walkabout completes 5th walk against uranium mining in West Australia, 2015, unter: <https://walkingforcountry.com/2015/09/17/41888/> (abgerufen am 29.07.2019)

⁴⁵ Haul No!: Haul No! Tour Report Back, 2017, unter: <https://itsgoingdown.org/haul-no-tour-report-back/> (abgerufen am 29.07.2019)

schen, die sich für das Ende des Uranabbaus einsetzen, wie beispielsweise in Kanada, Namibia, Tansania, Niger und der Mongolei.⁴⁶

Der Vorrat an Uran ist begrenzt, und der Abbau wird, je nach Urananteil im Erz, immer energieintensiver. Würden wir alle fossilen Kraftwerke abschalten und ausschließlich Atomenergie nutzen, würde das verfügbare Uran noch für drei bis vier Jahre ausreichen. Je weniger Uran vorhanden ist, umso energieintensiver wird der Abbau, umso mehr Treibhausgase werden dabei produziert.

2. Anreicherung

Nach dem Abbau muss das Uran angereichert werden. Das passiert z.B. in Deutschland in Gronau im Münsterland (mit unbefristeter Betriebsgenehmigung). Aus dem angereicherten Uran werden Brennelemente hergestellt, z.B. in Lingen im Emsland. Bei diesen Prozessen entsteht viel radioaktiver Müll. 1 Kilo angereichertes Uran hinterlässt 7 Kilo abgereichertes Uran, das nicht in Reaktoren verwendet werden kann. Dieses wird u.a. an die Waffenindustrie verkauft, die daraus Uranmunition herstellt. Der Einsatz dieser Uranmunition (z.B. in Afghanistan und im Irak) hinterlässt, neben vielen Toten, giftigen und radioaktiven Müll, der das Land und das Wasser noch Jahrzehnte nach dem Krieg kontaminiert.

3. Atomkraftwerke

Aus dem angereicherten Uran werden Brennelemente hergestellt, das Herzstück der Atomkraftwerke. Unfälle dort haben katastrophale Auswirkungen, egal ob durch menschliche Fehler, Materialermüdung oder Naturkatastrophen. Sichtbar ist das heute noch in Majak, Tschernobyl und Fukushima.

In Atomkraftwerken entstehen wieder jede Menge radioak-

⁴⁶ unter: <http://www.dont-nuke-the-climate.org/impact-stories/> (abgerufen am 29.07.2019)

tive Abfälle. Diese strahlen noch in zehntausenden Jahren - und keine*r weiß, wohin damit.

Es braucht dezentrale Lösungen

Es gibt noch ein anderes entscheidendes Argument gegen Atomenergie: Sie funktioniert zentralistisch, gehört großen Konzernen und ist für diese hochprofitabel - genau wie Stromgewinnung aus fossilen Rohstoffen. Es ist nur möglich, mit dieser gefährlichen Technologie Profite zu machen, weil Staaten die Ewigkeitskosten übernehmen und auch das Risiko bei Unfällen tragen.

Das aktuelle Energiesystem ist komplex, zentralisiert und hierarchisch organisiert - die Gesellschaft hat keine Kontrolle darüber. Zentralisierte Energieproduktion aber untermauert zentralisierte politische und ökonomische Macht. Daher werden Ansätze einer lokalen, erneuerbaren Energiegewinnung in der Kontrolle von Nachbar*innenschaften so wenig diskutiert bzw. gefördert.

Es geht allerdings nicht alleine darum, aus welcher Art von Energieträgern wir Energie gewinnen. Autoritäre Rahmenbedingungen und die kapitalistische Art zu wirtschaften werden dadurch nicht zwangsläufig geändert. Um dem Klimawandel ernsthaft zu begegnen, müssen wir das gesamte System hinterfragen. Wir müssen Wege finden, viel weniger Energie zu verbrauchen. Sie dezentral und regional im kleinen Maßstab zu gewinnen. Dafür ist die Atomenergie kein Weg.

9 - KLIMAWANDEL & INDUSTRIELLE LANDWIRTSCHAFT

Es geht schon lange nicht mehr nur um Tofuwürstchen

Düngemittelproduktion mit gefracktem Methan, Massentierhaltung, zerstörte Böden, verschmutztes Grundwasser, Antibiotika resistente Bakterien, Bienensterben, Monokulturfelder leuchtend im Sonnenuntergang, der Zusammenbruch unseres Ökosystems, über eine Viertelmillion Selbstmorde von Kleinbäuer*innen in Indien, die von Monsanto in den finanziellen Bankrott getrieben wurden, sexueller Missbrauch an marokkanischen Erntehelferinnen auf spanischen Feldern, zerstörte Urwälder in Lateinamerika, die dem Viehfutter für Massentierhaltung weichen müssen.

Die Liste ist zu lang, das Thema zu ernst und der Preis zu hoch für die simple Tatsache, dass wir alle Nahrung brauchen, die gepflanzt, gepflegt, weiterverarbeitet, transportiert und fair verteilt werden muss. Währenddessen sitzen Firmen der Agrarindustrie wie Monsanto mit am Tisch

der internationalen Klimaverhandlungen und werben für die Intensivierung der industriellen Landwirtschaft, die sie noch als Rettung aus dem Klimawandel präsentieren.

Circa 66,3 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO₂) stammen aus industrialisierter Landwirtschaft. Dieser Anteil ent-



spricht einem Prozentsatz von 7,3% der jährlichen Treibhausgasemissionen, welche durch die moderne Lebensmittelproduktion hervorgerufen werden⁴⁷. Und damit wären wir auch schon bei einem der Kerne des Problems.

Die intensive Fleischproduktion sowie die Ausbeutung anderer tierischer Beiprodukte (Milch, Eier) sind weltweit verantwortlich für 18% der menschengemachten Treibhausgase. Das sind mehr Emissionen, als durch den weltweiten Verkehr und Transport von Personen und Gütern verursacht werden. Allein in der EU werden pro Jahr 153 Millionen Schweine, 123 Millionen Kühe, 99 Millionen Schafe, mehr als 500 Millionen Legehühner und fast 11 Millionen Tonnen Hühnerfleisch produziert.⁴⁸ Massentierhaltung benötigt fossile Energie, industriellen Dünger und andere synthetisch hergestellte Chemikalien.

Unsere heutige Milch und Fleischproduktion kann bereits 65% aller gerodeter Waldflächen für sich verbuchen und sorgt allein in Lateinamerika für 18% des weltweiten CO2 Ausstoßes. Das Verhältnis von fossiler Energie zur Energie, die schlussendlich in den Lebensmitteln enthalten ist und von den Konsument*innen verzehrt werden kann liegt im Durchschnitt bei 3:1 (Verarbeitung und Transport noch nicht mit einberechnet). Allein für industriell gezüchtetes und verarbeitetes Rindfleisch liegt das Verhältnis bei 35:1. Die Produktion und der Konsum von industriell hergestelltem Fleisch kann somit klimatechnisch als Katastrophe zusammengefasst werden.⁴⁹

Des Weiteren ist auch die chemische Produktion von Düngemitteln verantwortlich für 10% der globalen Treibhausgas-Emissionen, dabei wird die durch Fracking verursachte Verschmutzung nicht einmal miteinbezogen, geschweige

⁴⁷ unter: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/beitrag-der-landwirtschaft-zu-den-treibhausgas#textpart-1>

⁴⁸ unter: <https://notenvironmental.blogspot.com/> (abgerufen am 29.07.2019)

⁴⁹ unter: <https://notenvironmental.blogspot.com/> (abgerufen am 29.07.2019)

denn die langfristige Zerstörung der Böden und Umwelt. Fracking, also die Ausbeutung von Rohöl oder Gas aus tieferen Bodenschichten, wird dabei als Kollateralschaden zur Düngemittelproduktion in Kauf genommen (Bsp. Düngemittelfabrikanten wie **Yara**, **Mosaic** und **PotashCrops**).⁵⁰

Ein weiterer Teil des Emissionshaushaltes stammt aus der Produktion des sogenannten Hybrid-Saatguts. Akteur*innen wie **Nunhems** (weltgrößter Saatgutproduzent), **Monsanto** (besitzt u.a. Patente auf: Melonen, geköpften Brokkoli), **Bayer** (Leverkusener Chemiekonzern übernommen von Monsanto), **DuPont** (fusionierte mit **DowChemical**), oder der Schweizer Agrarkonzern **Syngenta** (u.a. ein Patent auf gewisse Sorten Chili, wurde vom Chemie Giganten **ChemChina** übernommen) besitzen Monopolmacht auf dem Weltmarkt und können dadurch, anders als lokale Landwirt*innen, Zölle umgehen und Transport- sowie Produktionskosten aufgrund von Niedriglöhnen und zentralisierten Produktionsstätten so stark drücken, dass eben diese lokal agierenden Landwirt*innen nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Durch die Patentvergabe auf Hybrid-Saatgut für beispielsweise Tomaten, Brokkoli, Chili oder Melonen an große Chemiekonzerne steuern wir zudem im rasanten Tempo auf eine Zukunft zu, in der unser aller Zugang zu Nahrungsmitteln immer weniger selbstbestimmt ist und gleichzeitig immer stärker durch große Konzerne kontrolliert wird.

Die Folgen sind schon jetzt absehbar. Ein Beispiel hierfür wäre Monsantos Verkauf von genmanipuliertem Saatgut und dem Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat an indische Landwirt*innen. Das Hybrid-Saatgut, welches gegen Glyphosat resistent ist, erbrachte hohe Erträge für die Landwirt*innen, welche dadurch jedoch in eine Schuldenfalle und Abhängigkeit vom Großkonzern gerieten, da es

⁵⁰ Hediger, Werner/Hartmann, Michael/Peter, Simon/et al.: Ökonomische Beurteilung und Monetarisierung der landwirtschaftlichen Leistungen im Klimaschutz, Zürich 2004

ihnen nicht erlaubt war, wie bei ihrem bisher genutzten Saatgut üblich, das genmodifizierte Saatgut im nächsten Jahr erneut zu pflanzen. Die Landwirt*innen waren somit gezwungen auch im nächsten Jahr Monsanto's Saatgut zu erwerben, das jedoch mittlerweile für sie nichtmehr bezahlbar war. Aufgrund der durch Glyphosat verseuchten Böden wuchs jedoch keine andere Saat mehr auf den Feldern und ein Großteil der indischen Bäuer*innen verkauften ihr Land gezwungenermaßen an Monsanto. Heute sind große Teile der landwirtschaftlich genutzten Flächen Indiens in der Hand von Bayer Leverkusen/ Monsanto. Rund 200.000 indische Landwirt*innen, die enteignet wurden oder gezwungen waren ihr Land an den Chemiekonzern zu verkaufen, begingen Selbstmord aus Scham und Verzweiflung, ihre Familien nicht mehr versorgen zu können. Die Schulden erbten ihre Witwe*rn.⁵¹

Anhand dieser Verstrickungen lässt sich deutlich erkennen, dass die Folgen von industrialisierter Landwirtschaft kein isoliertes Problem darstellen, welches sich auf unsere Umwelt beschränken lässt. Es betrifft auch die Ausbeutung der Arbeitskraft von Menschen, die als moderne (Sex-)Sklav*innen für unsere Discounterlebensmittel erhalten müssen. Im Zuge der Globalisierung werden moderne Ausbeutungsstrukturen auf Länder des globalen Südens ausgeweitet, dadurch werden die Armut und Gewalt der Produzent*innen für die Konsument*innen in Westeuropa und Nordamerika unsichtbar. Kleine, ökologische und lokal agierende Landwirt*innen sind nicht wettbewerbsfähig und gleichzeitig am stärksten von Armut und Hunger betroffen. Laut FAO verhungern 9 Millionen Menschen jährlich. Ein Genozid also, wenn auch ohne identifizierbare Verantwortliche. 80% der hungernden Menschen leben auf

⁵¹ Byloos, Matty: What Is Monsanto's Corporate Responsibility to Sustainable Agriculture, 2011, unter: <http://planetmattersandmore.com/sustainable-agriculture-2/what-is-monsantos-corporate-responsibility-to-sustainable-agriculture/#more-213> (abgerufen am 29.07.2019)
Robin, Marie-Monique: Roundup, der Prozess, 2017, Dokumentarfilm

dem Land; 70% sind Bäuer*innen⁵², der Großteil der von ihnen produzierten Lebensmittel gelangt auf direktem Weg in urbane Regionen und Industriestaaten. Zeitgleich landen 20 Millionen Tonnen genießbarer Lebensmittel jährlich in Deutschland im Müll.

Trotz dessen sprechen große landwirtschaftliche Akteur*innen von einer erfolgreichen Gewinnsteigerung um 75% in der Lebensmittelproduktion. Diese Zahl ist jedoch nur zu einem kleinen Teil auf die intensivere Bewirtschaftung der Felder zurückzuführen (Anzahl Ernte pro Fläche), denn die landwirtschaftlich genutzte Fläche hat in den letzten Jahren kaum zugenommen. Das „günstigere“ Preis-Leitungsverhältnis stammt zu 75% aus immer niedrigeren Hungerlöhnen und Ausbeutung von Böden, Tier und Mensch.⁵³

Zur gleichen Zeit können große Lebensmittelproduzent*innen weiter ihre Monopolmacht auf dem Lebensmittelmarkt ausbauen. Wer kann weiterhin so billig produzieren, wenn die Preise sinken? Nur die konkurrenzfähigsten Betriebe der Welt – und das sind 10-15% weltweit. Alle anderen machen keinen Gewinn mehr und können auch keine Kredite mehr aufnehmen für Investitionen, also sinken auch diese, und zwar so sehr, dass zwangsläufig auch die Produktion sinkt. Das Fazit: Lokal agierende Landwirt*innen sind nicht wettbewerbsfähig und werden verdrängt.⁵⁴

Wir alle haben die kapitalistische Mangellogik internalisiert, die besagt „Es gibt nicht genug für alle!“, doch was ist der Ausweg aus dieser durch Wettbewerb konstruierten Einbahnstraße?

Es stimmt, mit dem momentanen Konsumverhalten der west-

⁵² unter: <https://agrarinformatio.ch/landwirtschaft-und-globalisierung/> (abgerufen am 29.07.2019)

⁵³ Feyder, Jean: Mordshunger – wer profitiert von dem Elend armer Länder?, Frankfurt am Main 2014

⁵⁴ unter: http://www.oekosystem-erde.de/html/industrielle_landwirtschaft_02.html (abgerufen am 29.07.2019)

lichen Welt können wir die Weltbevölkerung nicht ernähren und den voranschreitenden Klimawandel aufhalten. Nicht wenn weiterhin der Großteil der produzierten Lebensmittel in die Viehzucht fließt und wir gleichzeitig versuchen, die Missstände unserer auf Überfluss ausgerichteten Lebensmittelproduktion mit Biosiegeln einzudämmen. So sind Produkte mit Biosiegel oft weiterhin um die halbe Welt gereist, „artgerechte Haltung“ wird noch immer alles andere als eindeutig definiert und kann dadurch je nach Bedarf ausgelegt werden und Bio-Saatgut stammt teilweise aus den gleichen Speichern, wie konventionelles. Versuche, über den Markt eine Änderung des Agrarsektors zu bewirken, scheinen darum widersprüchlich und wenig effektiv.

Das Zertifikat „aus biologischer Landwirtschaft“ dient vor allen Dingen dazu, das Gewissen der Konsument*innen rein zu waschen und einen weiteren Absatzmarkt für über-teuerte Biolebensmittel zu schaffen. Es kommt somit zwei kleinen Gruppen zugute: großen Konzernen, die den Bio-trend für ihre finanziellen Interessen nutzen und einer westeuropäischen Ober- und Mittelschicht, die sich durch vermeintlich fairen Konsum aus der Verantwortung für eine echte faire Lebensmittelverteilung nehmen können. Kapitalismus baut immer auf ausbeuterischen Strukturen auf, auch wenn er grün ist!

Die vermeintlichen Sachzwänge innerhalb der Lebensmittelproduktion zur Sicherstellung unserer Lebensgrundlagen sind menschengemacht. Sie sind Konsequenz einer Gesellschaft, die nach rücksichtslosem Wachstum und Überfluss statt nach dem Erhalt von Leben strebt. Eine zentralisierte, gewinnorientierte Produktion von Biolebensmitteln kann nicht der Ausweg aus diesem entfremdeten Umgang mit unserer Nahrung sein. Die gute Nachricht ist, dass es durchaus Alternativen gibt: Permakulturprinzipien oder Formen der ökologischen und saisonalen Landwirtschaft,

die, wenn sie konsequent umgesetzt werden, nicht nur die Weltbevölkerung ernähren könnten, sondern statt kurzfristigen Lösungen auch einen langfristigen Umgang mit der Natur möglich machen, bei dem diese nicht unterworfen wird, sondern als essentieller Teil unserer Lebensgrundlage verstanden werden kann. Durch saisonale Angebote verringern sich lange Produktionswege und CO₂-Emissionen können verringert werden. Ökologische Landwirtschaft schließt den Gebrauch von genetisch verändertem Saatgut, Pestiziden und chemischen Düngemitteln aus, sodass sowohl der Nährstoffgehalt der Lebensmittel wieder steigt, als auch Böden weniger stark belastet werden. In SoLaWis (Solidarischen Landwirtschaften) wächst der partizipative Gedanke der Konsument*innen, sodass ein neuer Bezug zur Nahrung hergestellt wird.⁵⁵

Dadurch verändert sich der Begriff von Normschönheit und Themen wie die Saisonalität von Lebensmitteln und der Nährstoffgehalt können bewusster wahrgenommen werden. Gleichzeitig wird gemeinsam und solidarisch für den Erhalt des Projekts und die Sicherstellung der Lebensgrundlage aller Beteiligten gesorgt. Das Permakulturprinzip sorgt für die Schaffung von dauerhaft funktionierenden Kreisläufen, die sich an anderen Kreisläufen der Natur orientieren. Diesem Prinzip wird vor allen Dingen vorgeworfen, ineffizient zu sein, das heißt unökonomisch, langwierig und arbeitsintensiv zu agieren. Tatsächlich hat es sich die Permakultur aber zur Aufgabe gemacht, Ökosysteme zu nutzen, statt sie zu zerstören und Ressourcen zu schonen um so langfristige Alternativen zu schaffen.

Dass „fair“ gehandelte Produkte (fair für Mensch, Tier und Umwelt) momentan noch Eliteprodukte sind, stellt gleichzeitig den Kern des Problems dar. Denn solange der

⁵⁵ Kunzmann, Manja: Ernährungssouveränität durch Solidarische Landwirtschaft? Eine Suche nach den solidarischen Prinzipien in den Initiativen bei Göttingen, unter: https://dorfgarten.org/files/Zusammenfassung_MA_Kunzmann.pdf (abgerufen am 29.07.2019)

Preis die Nachfrage bestimmt - in einer Welt massiver ökonomischer Ungleichheit - bleiben Produkte der Ausbeutung beliebt und der Ausbau nachhaltiger Alternativen verzögert sich. Das Problem stellt dabei nicht die individuelle Konsumententscheidung dar. Das Problem ist die generelle Verfügbarkeit von Produkten, die unter entwürdigenden Umständen produziert werden und von Unternehmen in ihr Produktsortiment aufgenommen werden.

Ein Wandel in unserer Agrarproduktion ist dringend notwendig, um die Auswirkungen des Klimawandels einzudämmen. Er muss jedoch einhergehen mit einem Umdenken in unserer gesamten Tausch- und Wettbewerbslogik, um eine Lebensmittelversorgung zu schaffen, die unseren Planeten zukunftsfähig, solidarisch und nachhaltig am Leben erhalten kann. Wenn Aktivist*innen aus den unterschiedlichen sozialen, ökonomischen und ökologischen Feldern zusammenkommen und die Wurzel ihrer Probleme als eine gemeinsame verstehen, können wir tatsächlich eine Gegenmacht aufbauen, die dem derzeitigen kapitalistischen System Alternativen und Widerstand entgegen zu setzen hat. Der Klimawandel zieht sich durch all die Kämpfe, die Aktivist*innen schon heute führen. Extremes Klima, Dürren und Überschwemmungen treffen gerade diejenigen Menschen, die es schon jetzt durch postkolonialistische Ausbeutungsstrukturen am schwersten haben, während die Bevölkerung des globalen Nordens noch von den Vorzügen eines ungebremsen, rücksichtslosen Wachstums profitiert oder zumindest von seinen Folgen verschont bleibt.

Es geht also schon lange nicht mehr nur um Eisbären, es geht um einen gerechteren Umgang mit Menschen, Tieren, Pflanzen. Es geht um Sexismus, Rassismus und globale Klassenkämpfe und am Ende des Tages um den Schutz allen Lebens auf diesem Planeten.

10 - UND WAS NUN? WAS TUN? Freiheit, Gleichheit & Solidarität

Du bist im letzten Teil dieser Broschüre angelangt. Wenn du zu der Sorte Leser*innen gehörst, die eine Lektüre von vorne nach hinten komplett durchlesen, dann hast du vielleicht das ein oder andere Mal den Impuls verspürt, dieses Heftchen zur Seite zu legen. Was auf den zurückliegenden Seiten beschrieben wurde, zeichnet kein harmonisches Bild der Gegenwart und lässt auch nicht gerade auf eine rosige Zukunft hoffen. Aber natürlich gibt es sie - die unzähligen Hoffnungsschimmer, die vielen Momente, in denen es Bewegungen gelingt, der kapitalistischen Misere erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen.

Nehmen wir zum Beispiel die kleinbäuerliche Organisation „La Via Campesina“. Sie wurde 1993 gegründet und umfasst heute mehr als 200 Millionen Menschen. 40 % der Bevölkerung der Erde leben von kleinbäuerlicher Landwirtschaft. Unzählige also, die nicht in größeren Zusammenhängen organisiert sind, sondern sich durch ihre Alltagspraxis dem neoliberalen Zugriff verweigern.

In Bangladesh konnten das Kohlekraftwerk Phulbare und ein zugehöriger Tagebau verhindert werden. In Venezuela, in der Region Perija, an der Grenze zu Kolumbien, wurden die Pläne für eine Steinkohletagebau nach massiven Protesten gestoppt. Auch der neue Flughafen Mexiko Stadts musste nach jahrelangem Widerstand der Bevölkerung kurzfristig abgeblasen werden, obwohl der Bau bereits begonnen hatte.

Flughäfen sind ein wichtiges Symbol für die globalisierte Welt, in der das Geld alle Freiheit besitzt und Menschen nach Herkunft selektiert werden, in der die Umwelt zerstört wird zum Vergnügen einiger Weniger. Am

28.03.2017 liefen Aktivist*innen im Londoner Flughafen auf die Startbahn und errichteten dort Tripods. Einer der unzähligen Abschiebeflüge konnte dadurch verhindert werden. Die Anklage der als Standsted 15 bekannt gewordenen Aktivist*innen wegen Terrorismus löste eine breite gesellschaftliche Debatte über strukturellen Rassismus und Legitimität von direkten Aktionsformen aus.

Auch die Auseinandersetzung, die sich seit vielen Jahren in der zu verteidigenden Zone (ZAD) in der Nähe von Nantes, Frankreich abspielt, konnte letztendlich zugunsten der Aktivist*innen entschieden werden. Der neue Flughafen wird nicht gebaut werden und viele der dort befindlichen Projekte wehren sich nach wie vor gegen die Räumung durch die französische Polizei.

Oder schauen wir in unseren eigenen „Backyard“. Wer hätte sich vor einem Jahr vorstellen können, dass die Räumungsversuche des Hambacher Waldes ein derartiges Beben hervorrufen würden. Circa 50.000 Menschen haben vor Ort demonstriert - und ja, es hat sich dabei um ein NGO-Großevent gehandelt -, aber vergessen wir nicht, dass dieser breite und positive gesellschaftliche Bezug auf eine autonome Waldbesetzung stattgefunden hat. Und das, obwohl die dort vertretenen radikalen Positionen, was Inhalte als auch Aktionsformen anbetrifft, weithin bekannt waren.

Die Entsolidarisierung ist auch nicht eingetreten, als während der Räumung die staatlichen Zugeständnisse an legalem Protest an vielen Stellen überschritten wurden. Kleingruppen-Aktionen haben dabei eine wichtige Rolle gespielt. Denken wir an die Lock-Ons, die Tunnel, die beeindruckende KüfA-Infrastruktur, die unzähligen Soli-Aktionen an vielen Orten auf der Welt.

Es gab direkte Angriffe auf die Räumungs-Infrastruktur

- ein Hebebühnen-Unternehmen konnte durch einen Hallen-Brand davon überzeugt werden, seine Dienste der Polizei doch lieber nicht zur Verfügung zu stellen. Mit einem digitalen Flashmob brachten Hacker*innen die Internetseite von RWE zum Erliegen. Während im Wald die Räumung auf Hochtouren lief, musste das Kraftwerk Niederaußem wegen einer Blockade-Aktion für mehrere Stunden fast vollständig gedrosselt werden.

Die vielen Geschichten des Widerstands werfen oft Schlaglichter auf eine andere, befreitere Gesellschaft. In der kurdischen Befreiungs-Bewegung, die sich in Nordsyrien und der Türkei gebildet hat, werden in vielerlei Hinsicht neue Gesellschaftsentwürfe diskutiert und erprobt.



Sowohl Feminismus als auch Ökologie spielen eine wichtige Rolle. Die „Jineoloji“ ist ein Versuch, den männlich geprägten wissenschaftlichen Disziplinen eine andere Perspektive entgegenzusetzen. Laut diesem Ansatz wird eine patriarchale Grundstruktur deutlich, wenn die Frage gestellt wird, wer wissenschaftliche Diskurse dominiert und wer entscheidet, was „Wahrheit“ ist. Wissenschaft wird demnach bei Männern zentralisiert, von ihnen repräsentiert und von ihnen werden die Inhalte selektiert.

Lange Zeit wurde Frauen* der Zugang zu Bildung und Wissenschaft gänzlich verwehrt und das Wissen, welches sie

dennoch erlangten, marginalisiert. Der Hass auf das von Frauen* erlangte Wissen zeigte seine drastischsten Konsequenzen in der systematischen Vernichtung von Frauen, die als Hexen denunziert wurden. Die „Jineoloji“ plädiert sowohl für eine feministische Neuausrichtung der Wissenschaft, beschäftigt sich aber auch mit dem Verhältnis zwischen Mensch und Natur. Ihre Vertreter*innen möchten die Entfremdung von der Natur überwinden. Es entstehe eine Trennung von Subjekt und Objekt, Beobachter*innen und Beobachtetem, welche den Mensch von der Natur als „das Andere“ abspalte. Die soziale Ökologie, wie sie Murray Bookchin vertrat, wird in der kurdischen Bewegung ebenfalls breit diskutiert und hat in internationalen Debatten an Bedeutung gewonnen.

Laut Bookchin besteht eine direkte Verbindung zwischen den gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnissen wie ökonomischer Ungleichheit, fehlender Geschlechtergerechtigkeit, rassistischer Benachteiligung und der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage.

Solange Menschen ihre Art des Zusammenlebens über markt-förmige und hierarchische Strukturen organisieren, liegt es nahe, dass sich auch das Verhältnis zur Natur so instrumentell wie zu einer Ware ausgestaltet.

Es gibt unzählige Beispiele dafür, wie Menschen bereits jetzt Probleme reflektieren und sich gegen die Gesamtscheiße organisieren, sie angreifen und sich gemeinsam eine andere Welt aufbauen.

Welche fallen euch ein? Erzählt euch gegenseitig davon!

Es ist nicht möglich, die verschiedenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsformen getrennt voneinander zu betrachten - aber das heißt auch: es gibt jede Menge Angriffsfläche!

Wir sollten uns nicht darüber streiten, welches nun das dringendste Problem ist, sondern uns im Gegenteil über die Vielfältigkeit der Kämpfe und Aktionsformen freuen. Wie lässt sich Herrschaft besser untergraben als durch Menschen, die sich nichts mehr befehlen oder vorschreiben lassen? Wünschen wir uns denn nicht eine Welt, in der Menschen selbstbestimmt und solidarisch leben können? Lasst uns gleich heute damit anfangen.

**„Reibung erzeugt Wärme und
wir leben in einer bitter-kalten Zeit.
Dass wir uns reiben zeigt:
wir sind zum Erfrieren noch nicht bereit.“**

- Arbeitstitel Tortenschlacht-

Literaturempfehlungen

Brand, Ulrich/Wissen, Markus: Imperiale Lebensweise, München 2017

Çaglar, Gülay/do Mar Castro Varela, Maria/Schwenken Helen (Hrsg.):
Geschlecht - Macht - Klima Feministische Perspektiven auf Klima, ge-
sellschaftliche Naturverhältnisse und Gerechtigkeit, Berlin 2012

CrimethInc.: From Democracy to Freedom, 2017

Feyder, Jean: Mordshunger - wer profitiert von dem Elend armer Län-
der?, Frankfurt am Main 2014

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W.: Dialektik der Aufklärung, Amster-
dam 1947

Lessenich, Stephan: Neben uns die Sintflut, Berlin 2016

Rest, Jonas: Grüner Kapitalismus? Klimawandel, globale Staatenkonkur-
renz und die Verhinderung der Energiewende, Wiesbaden 2011

Röpke, Andreas/Speit, Andreas: Völkische Landnahme: Alte Sippen, jun-
ge Siedler, rechte Ökos, Berlin 2019

Spehr, Christoph: Die Ökofalle: Nachhaltigkeit und Krise, Wien 1996

Zucker im Tank
zuckerimtank.net

